

Dr. Berczeller Symposium
Vertreibung, Exil und Sozialdemokratie



*70'er Haus
der Geschichten*

Dr. Berczeller Symposium, 29. Oktober 2016

14:00h Univ. Prof. Dr. Peter Berczeller (Mediziner und Schriftsteller): „Avenue Trudaine, Montauban und New York: Erinnerungen an die Auslandsvertretung Österreichischer Sozialisten“

14:30h Joachim Riedl (Schriftsteller, Publizist, Journalist, Dokumentarfilmer): „Exil – Schicksal der Vertriebenen“

15:00h Univ. Prof. Dr. Alfred Pfabigan (Sozialphilosoph und Literaturkritiker): „Von der Revolution zum Anschluss. Was es hieß, von 1918 - 1938 Sozialdemokrat zu sein“

Pause

16:00h Univ. Doz. Dr. Fritz Weber (Wirtschaftshistoriker und Operndramaturg): „Wandlung der österreichischen Sozialisten im Exil (England, Schweden, USA) – Zwischen Keynes und Planwirtschaft“

16:30h Univ. Doz. Dr. Thomas Nowotny (Diplomat und Außenpolitiker): „Projekt Sozialdemokratie – Überholt? Gescheitert? Zukunftsweisend?“

17:00h Mag.a Lisa Sinowatz (Alltagskulturforscherin und Kulturvermittlerin): „MigrantInnen in der Arbeitswelt und ihre politische Repräsentation in der Arbeiterbewegung“

17:30h Julia Herr (Politische Aktivistin und Bloggerin): „Von Otto Bauer zu Bernie Sanders“

Moderatorinnen der Veranstaltung sind Anna Benedek und Mag.a Elisabeth Luif.

Unterstützung durch



Impressum:

Herausgeber und Verantwortlicher:

Dr. Georg Luif, Hinterg. 70, 7210 Mattersburg.

Druck:

online Druck GmbH, Brown-Boveri-Straße 8, 2351 Wr. Neudorf

Fotonachweis:

Fotos stammen von Georg Luif

Dieser Katalog ist eine Zusammenfassung des Symposiums vom Oktober 2016 im 70er Haus der Geschichten. Diesen Katalog hat Georg Luif mit Unterstützung von Anna Benedek und Elisabeth Luif erstellt.

Richard Berczeller wurde von den Mattersburger*innen 1938 vertrieben. Trotzdem bleibt er dieser Stadt sein Leben lang verbunden und stellt Mattersburg ins Zentrum seiner Geschichten.

Mattersburg Juni 2017.

| Inhaltsverzeichnis | |
|---|----|
| Peter Berczeller: Avenue Trudaine, Montauban und New York: Erinnerungen an die Auslandsvertretung Österreichischer Sozialisten | 3 |
| Joachim Riedl: Exil – Schicksal der Vertriebenen | 5 |
| Alfred Pfabigan: Auseinandersetzung mit Otto Bauer | 9 |
| Fritz Weber: Wandlung der österreichischen Sozialisten im Exil (England, Schweden, USA) – Zwischen Keynes und Planwirtschaft | 17 |
| Fritz Weber: Die Entdeckung der Vollbeschäftigungspolitik durch das sozialistische Exil nach 1934 - Aufsatz | 22 |
| Thomas Nowotny: Projekt Sozialdemokratie – Überholt? Gescheitert? Zukunftsweisend? | 24 |

Das 70er Haus der Geschichten veröffentlicht zu seinen Ausstellungen und Symposien begleitendes schriftliches Material. Dies dient einerseits als Dokumentation und andererseits zum Nachlesen.

Das „70er Haus der Geschichten“ in Mattersburg, Hintergasse 70 ist Informationsstelle, Archiv, Kontakt- und Ansprechort für diejenigen, die die Vergangenheit erforschen und daraus Fragen für die Zukunft stellen.

„Avenue Trudaine, Montauban und New York: Erinnerungen an die Auslandsvertretung Österreichischer Sozialisten.“

Univ. Prof. Dr. Peter Berczeller (Mediziner und Schriftsteller)

Einleitende Rede von Peter Berczeller:

Ich bin in der Politik ein Mann von der Straße. Ich schau die Politik an wie jemand, der zum Zahnarzt geht: Er weiß nicht, was geschehen wird, aber er weiß, dass es wehtun wird. Meine Funktion hier ist, als Augenzeuge zu sprechen. Ich glaube ich bin der einzige Augenzeuge in diesem Saal. Wenn ich es nicht bin, schaut jemand sehr gut aus.



Unsere Geschichte hat hier in Mattersburg begonnen. Ich war 6 Jahre alt. Ich kann mich lebhaft daran erinnern, dass man von einem Tag auf den anderen auf einmal ein Nichtbürger war. Das war ein großer Schock für mich. Wir mussten aus unserer Wohnung. Mein Vater war im Gefängnis. Aber wir haben das Glück gehabt, dass wir sehr früh aus dem Burgenland hinausgeschmissen wurden und den Stimulus hatten, Österreich früh zu verlassen. Meine Mutter und ich sind am 5. Juli 1938 in Paris angekommen. Mein Vater hat mich gleich in ein Kaffeehaus zum Frühstück geführt. Wir saßen draußen auf der Terrasse und da kam ein Genosse vorbei und berichtete, dass Otto Bauer am Vorabend gestorben sei. Ich kann mich auch lebhaft erinnern, dass ich bei seinem Leichenbegängnis anwesend war. Ein Meer von roten Blumen rund um das Grab.

Das war meine Einweihung in die österreichische sozialdemokratische Diaspora in Paris. Danach habe ich viele Erinnerungen an „die Trudaine.“ In der Avenue Trudaine war das Büro der Auslandsvertretung. Das war ein politisches Nervenzentrum, aber auch so etwas wie ein Club. Alle Genossen, die nichts zu tun hatten, saßen herum und diskutierten endlos über Marx und

den Sozialismus. Da waren Spitzenfiguren wie z.B. Friedrich Adler, Karl Hans Seiler, Otto Leichter u.a. zu sehen. Mein Vater hat mir Julius Deutsch als General im spanischen Bürgerkrieg vorgestellt. „General“ war für mich sehr beeindruckend und nach der Erzählung meines Vaters habe ich ihn gefragt: „Haben Sie den Krieg gewonnen?“ und Deutsch antwortete: „Nein, wir haben verloren.“ Daraufhin fragte ich: „Was für ein General sind Sie, dass Sie nicht gewinnen? Das ist eine Schande.“

Mein Vater war illegal aktiv in Paris. Er machte Hausvisiten in den Elendsvierteln von Paris. Ich bin oft mitgekommen und so habe ich die Genossen kennen gelernt. Wir waren alle wirklich arm. Wir haben in kleinen Zimmern gelebt, die Toilette war draußen auf dem Gang. Im Juni 1940 haben wir mit den Genossen einen Termin in Montauban in Südwestfrankreich vereinbart, wo wir uns wieder treffen sollten. Es war drei oder vier Tage, bevor die Deutschen einmarschiert sind, wir hatten schon die Kanonen gehört. Wir sind weg von Paris, glücklicherweise Richtung Montauban, das in der nicht von den Deutschen besetzten Zone lag. Es war „nur“ von Vichy regiert. Wir waren dort ein Jahr in relativer Freiheit, hatten aber große Angst, da wir immer wieder die Deutschen Kontrolloffiziere mit ihren großen Wagen vorbeifahren sahen.

Montauban war interessant. Wir lebten in einer kleinen Gemeinde innerhalb der großen Gemeinde und da gab es natürlich wie in jeder Gemeinde Intrigen und Geheimnisse. Da habe ich zum ersten Mal erfahren was eine „ménage-à-trois“ ist. Vorher - als kleines Kind - hatte ich nicht verstanden, was das bedeutet. Da war ein ganz bekannter Genosse, der seine Frau und Kinder in Montauban untergebracht hatte. Seine Freundin mit ihren Kindern lebte in einem anderen Dorf. Das war alles ganz demokratisch aufgeteilt.

Das Café de L'Europe war der Ort, wo viele Genossen mit Wintermänteln und Handschuhen bekleidet, gesessen sind. Sie haben Ersatzkaffee getrunken und Schach gespielt. Viele Jahre später wollte ich wieder Montauban sehen und bin gleich mit meiner verstorbenen Frau ins Café de L'Europe gegangen. Dort habe ich dem Inhaber erzählt, dass ich als kleines Kind da war unter dramatischen Bedingungen. Der Mann ignorierte mich vollständig. Dann sind wir in den Garten gegangen; da war 1940 ein kleiner Baum, der jetzt ganz groß geworden war. Eine dort angebrachte Tafel besagte, dass hier drei junge Männer im Alter von 18, 20 und 23 Jahren im November 1942 von den Deutschen gehängt wurden.

Eines Tages sind die leitenden Personen verschwunden. Sie hatten Visa für die USA und sind weg, ohne eine Nachricht zu hinterlassen. Ein gewisser Kurzweil hatte jetzt die Verantwortung für uns alle, und am Ende wurde er selber deportiert. Wir hatten glücklicherweise Visa und flüchteten nach Marseille, um von dort ein Schiff nach Amerika zu nehmen. Wir wurden zunächst in Casablanca gestoppt und verbrachten einige Zeit in einem Fremdenlegionslager. Die HIAS - Hebrew Immigrant Aid Society - aus New York schickte Geld, damit ein portugiesisches Schiff von Lissabon nach Casablanca kam und uns nach New York brachte. Das war im August 1941. In New York haben wir wieder fast alle Leute aus der Zeit der Trudaine und Montauban getroffen. Die meisten lebten auf der Upper West Side, so wie in Paris ohne eigene Badezimmer, etc. Aber die deutschen Emigranten haben in einer besseren Gegend gewohnt, in Washington Heights. Die nannte man „das 4. Reich“.



Friends of Austrian Labor war ungefähr die gleiche Organisation wie die in der Rue Trudaine; es wurde weiter diskutiert, wie eh und je. Ein paar Namen möchte ich nennen, weil man sie nicht vergessen sollte: Weißmann, Ackermann, Seiler, Adler, Otto Leichter, der Mann von Käthe Leichter, die in Ravensbrück umgebracht wurde. Am Sonntag haben wir uns im Central Park Zoo getroffen, wo auch eine „Cafeteria“ war. Das war nicht dasselbe wie ein Kaffeehaus - etwas, was unsere Leute nicht verstehen wollten. Die Emigranten wollten sitzen, Schach spielen und diskutieren. Das Management war wütend, weil andere Kunden keinen Platz fanden. Endlich hat man sich wenigstens ein bisschen integriert. Aber mein Vater hat auf die Frage „Are you happy?“ immer mit „Ich bin happy, aber nicht glücklich“ geantwortet. Alle haben darunter fortwährend gelitten, dass sie aus ihrer Heimat vertrieben worden waren. Der Schock konnte nicht wirklich überwunden werden. Am Ende des Krieges stellte sich die Frage, bleiben oder zurückgehen. Die SPÖ und die Regierung haben aber nichts getan, um die Exilierten zurückzuholen. Der Mythos war - und

ist noch immer - dass Österreich 1938 „vergewaltigt“ und 1945 „befreit“ wurde. Und, komischerweise - man weiß nicht wieso - alle Juden und Sozialisten irgendwie verschwunden sind.

Später sind viele zurückgegangen, aber nicht um hier zu leben, sondern um hier zu sterben.

Die meisten meiner Generation sind in Amerika geblieben und haben Karriere gemacht. Es hätten viel mehr zurückgehen sollen, es hätte dem Land geholfen. Österreich sind durch die Vertreibung viele Kenntnisse und Ressourcen verloren gegangen. Aber die Österreicher wollten die Juden nicht zurückhaben.

Einige Worte zum „Elefanten“ in diesem Raum, zu Richard Berczeller: Er war offiziell ein revolutionärer Sozialist, aber vor allem war er ein revolutionärer Mensch. Er war immer für die Menschen und die Menschheit da. Die Leute seiner Generation waren Helden, sie waren bereit, für ihre Ideologie zu sterben. Dafür werden sie aber nicht wirklich anerkannt. Das ist schade, es waren außerordentliche Persönlichkeiten. Niemand weiß mehr, wer sie waren. Mein Vater wäre heuer 114 Jahre alt. Bei den Juden gibt es ein Sprichwort: „Nur bis 120!“. Seine Partei marschiert jetzt mit einer blassrosa Fahne. Die Ideologie dieser Helden der Vergangenheit müsste für die Gesellschaft wieder Bedeutung erlangen. Wir benötigen in dieser gefährlichen Zeit noch einmal eine hellrote Fahne, unter der der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geführt wird.

DISKUSSION UND FRAGEN:

Frage:

In dem Kreis in Paris - war da auch Joseph Buttinger?

Peter Berczeller:

Es freut mich, dass Sie ihn erwähnen. Joseph Buttinger war für mich interessant, weil er einen Codenamen gehabt hat. Er hieß Hubert. Es wurde immer gesagt, man darf den Namen Buttinger nicht aussprechen. Das wäre sehr gefährlich. Das war für mich als sechsjähriges Kind wahnsinnig faszinierend. Ja, er war in Paris. Er hat dann eine sehr reiche Amerikanerin, eine Psychologin geheiratet. In Amerika war er dann politisch viel weniger aktiv.

Thomas Nowotny:

Joseph Buttinger hat sich von den Friends of Austrian Labor, dem Rest der Sozialistischen Internationale in New York, verabschiedet. Er hat gemeint, wenn die Amerikaner in den Krieg eintreten, wird Amerika den Krieg gewinnen und es kommt dann nicht mehr zur sozialistischen Revolution. Er hat sich dann von der Politik abgewandt. Seine Bibliothek ist jetzt in Klagenfurt.

„Exil – Schicksal der Vertriebenen“

Joachim Riedl (Schriftsteller, Publizist, Journalist, Dokumentarfilmer)

Es gibt jede Menge Literatur über Exil und sehr viele autobiografische Berichte, wie es war, das Schicksal des Exils zu erleiden. Ich kann mich nur dem, was Peter Berczeller gesagt hat, anschließen. Ich habe in den 1980er Jahren fünf bis sechs Jahre in New York, in Amerika gelebt und ich habe damals das Glück gehabt, sehr viele Emigranten, alte Herrschaften, noch kennen zu lernen. Ich bin dort viel im Land herumgefahren, weil nicht alle in New York oder Manhattan gelebt haben, obwohl es dort einen Cluster gegeben hat. Es hat auch sehr viele in Chicago gegeben. Nicht nur Exilburgenländer, sondern auch sehr viele österreichische jüdische Emigranten, sehr viele in Florida und eine beträchtliche Gruppe an



der West Coast in Los Angeles und San Diego. Ich habe viele besucht und es war sehr interessant festzustellen, dass mit der Reise ins Exil in vielen Biografien sehr Vieles abreißt. Es beginnt etwas vollkommen Neues, das aber nicht wirklich ein Ziel hat. Es ist ein „Dahin-Wesen“. Aus Erzählungen merkt man, dass sich das eigentliche Leben für sehr viele dieser Leute doch vor der Vertreibung abgespielt hat. Und seitdem tragen sie eine sehr, sehr tiefe Wunde und einen sehr tiefen Schmerz in sich. Sodass man eigentlich sagen kann, das Schicksal des Exils ist eine unheilbare Krankheit. Sie endet mit dem Tod. Es gibt kein Zurück, es gibt kein Ankommen, kein Heilen, kein Herauskommen aus der Psychobiografie. Es bleibt wie ein Makel. Sie hadern auch damit. Das war meine Erfahrung aus sehr vielen Gesprächen. Sie haben nie wirklich begriffen, was da

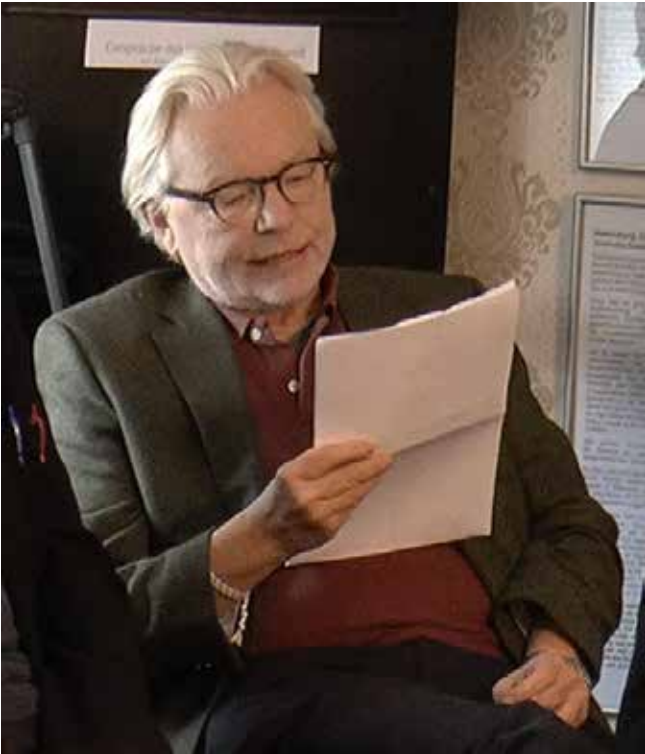
vorgegangen ist.

Bei frommen Juden bestand immerhin die Idee ihres Glaubens, aber eine besonders schlimme Geschichte war es für jene, die sich schon vor 1938 dem Judentum nicht mehr zugehörig gefühlt haben, die assimiliert waren, die ganz normale Wiener sein wollten, die plötzlich Outcast, Ausgestoßene, Andersartige gewesen sind. Es war für sie die allergrößte Demütigung, dass sie in ihrer eigenen Identität nicht wahrgenommen wurden, sondern als etwas, was sie gar nicht sein wollten, dass sie in Kategorien hineingedrängt wurden, mit denen sie sich nicht zurechtfinden konnten. Ein besonderes Beispiel ist die Schriftstellerin Hilde Spiel, die in den 1920er Jahren in der Zwischenkriegszeit alles Mögliche war. Sie war Revolutionärin, sie war ziemlich lebenslustig, das heißt sie hat eine Menge Affären gehabt. Sie wollte eine große Schriftstellerin sein. Als eines hat sie sich aber ganz gewiss nicht verstanden: als Jüdin. Und plötzlich wird sie dazu reduziert. Sie ist keine Schriftstellerin, keine Revolutionärin, keine Literatin mehr: Ihr Schicksal ist dominiert von einem Label, einem Etikett, das ihr von den Nazis aufgedrückt wird: Jüdin. Das wird sie ihr ganzes Leben nicht mehr los. Sie selbst hat in ihrer Autobiografie geschrieben: Sie kann den Nazis viel vergeben, aber eines nicht, dass sie immer das Etikett jüdische Emigrantin tragen musste, was für sie ganz besonders bitter war.



Ich habe mich gefragt – ich wusste ja, was Peter in etwa sagen wird: „Wie kann ich daran anschließen?“ Ich möchte eine alte Reportage von mir vorlesen. Die ist aus dem Juli 1984 und ich habe sie damals für einen guten Bekannten von mir gemacht, den Leon Zelman, der das Jewish Welcome Service in Wien leitete und immer wieder ältere Herrschaften in Amerika besucht und sie dann zu einem Wien Besuch eingeladen hat. Ich bin teilweise auch mitgeflogen. Die waren seit 40, 45 Jahren nicht mehr in Wien. Sie gehörten nicht zur

sogenannten Prominenz der Exilierten, sie gehörten zu den Namenlosen, denen es auch finanziell nicht so gut gegangen ist, dass sie sich die Reise nach Europa, in die alte Heimat, leisten hätten können. Diese Reportage handelt von so einem Besuch in Wien im Juli 1984:



Stadt ohne Wiederkehr

Du suchst Feuer? Du findest es in der Asche

Rabbi Mosche Löw von Sasow

Wien, im Juli 1984

Sie ist müde, die alte Dame aus Jerusalem. Drückend legt sich der frühe Sommer auf ihr schwaches Herz, und die Erinnerung schnürt ihr die Kehle zu. Ihr Puls schlägt schneller, als müßte sein rasendes Pochen in einer schleudernden Hetzfahrt durch die Zeit die versäumten Jahre aufholen. Ich meine, sie möge sich in einen kühlen, schattigen Gasthausgarten setzen, sie möge ihrem Herzen Ruhe gönnen und nur langsam ihre Gedanken durch ihre Geschichte reisen lassen. Sie schüttelt ab. Mit ganzer Kraft geht sie weiter, resolut und auf ihren Schritten beharrend, erobert sie das Terrain, das sie betritt. Aufmerksam blickt sie sich um. Jede Winzigkeit zieht sie in Betracht. Alles muß ihr seltsam und fern erscheinen, kaum noch eine Erinnerungskulisse, in der sie manchmal Zurückgebliebenes entdeckt. Über diese Eselsbrücken betritt sie ihre Vergangenheit.

Doch was sie sieht, das nimmt sie in Besitz. Sie entreißt es ihrem Vergessen.

Auch als sie das letzte Mal unbeschwert durch diese Wiener Gassen gegangen war, schlug ihr Herz aufgeregt. Damals war sie junges Mädchen und bis über beide

Ohren verliebt. Damals sprach sie viel über lange Reisen, und die Liebesleute schwärmten vom Nachtexpress, der nach Paris brauste, oder von den Ozeanriesen, die in alle Welt dampften. Ihr Vater war ein kleiner Handwerker, der nur mühsam die sechsköpfige Familie ernähren konnte. Trotzdem war sie sicher, daß alle ihre Träume in Erfüllung gehen müßten. Wer sollte sie daran hindern? Nie hegte sie Zweifel daran, daß ihrem jungen Glück die Zukunft gehörte.

In diese Jungmädchenträume aber kroch der Mörderatem der Zeit, und zerfressend träufelte Angst in ihre Hoffnungen. So groß wuchs die Angst an, daß sie sich tagelang nicht auf die Gasse wagte und nur dann und wann verstohlen Besorgungen erledigte. Sie fürchtete, erkannt zu werden und zur Ausweisleistung angehalten zu werden. Dann hätte sie sich identifizieren müssen: ein fettes, großes, unübersehbares J. Sie war gebrandmarkt und einmal entdeckt - sie hatte zugehört, wenn diese Geschichten erzählt wurden. Schnell verscheuchte sie damals die Gedanken wieder und versank in Scheu, Scham und Furcht.

Noch immer hat sie das Echo im Ohr. Beim Shabbat-Mahl, da knallten die Stiefel im Hausflur, Türeenschlagen, Kinderschreien, Kommandorufe. Noch immer durchwacht sie die schlaflose Nacht, in der ihr Vater nicht mehr nach Hause kam. Noch immer ballt sie ihre Fäuste in Schmerz und Zorn. Noch immer spürt sie diese Hilflosigkeit, die aufkam, als sie ihre einstürzende Welt auffangen wollte. Noch immer sucht sie nach ihren Eltern, ihren Geschwistern, Verwandten, dem jungen Mann, den sie unvergessen so innig durch ihr Leben trägt. So lange ein Mensch nicht vergessen ist, sagt sie, solange ist er auch nicht wirklich tot. Und selbst wenn sie Salz auf die Ruinen gestreut hätten, eine Welt geht nicht verloren, so lange man sich ihrer erinnert.

Aus dieser Erinnerung schöpft sie nun Kraft. Die Begegnung, meint sie, sei nicht ohne Gefahren, und sie ist erstaunt, nicht aufgehalten und zur Rede gestellt zu werden, nicht einmal aufzufallen. Verwundert blickt sie Leuten nach, die achtlos an ihr vorbeihasten. Sie sucht nach einem Geschäft, in dem sie einzukaufen pflegte, und findet statt dessen eine vernagelte Tür. Auch ihr Elternhaus steht nicht mehr. Dort versperrt jetzt ein Neubau mit rotschutzlackierten Garagentoren den Zugang zur Erinnerung. Sie zeigt mir die Straßenecken und erzählt mir von den Begebenheiten, die sich dort zugetragen haben - lauter kleine Alltagsgeschichten, die mit der Zeit zu Zierstücken versüßt wurden und schwermütige Gedanken zeugen, weil auch das Böse, mit dem alle Spuren ausgelöscht werden sollten, so binseneinfach und alltäglich war. Sie zeigt mir auch das Stück Trottoir, auf dem sie erstmals Juden kniend schrubben sah.

Rundherum sind die Mauern alt. Dort, wo früher „Juda verreckt“ und „Wenn Judenblut vom Messer spritzt“ hingeschmiert worden war, dort sind heute nicht nur die

Kritzeleien von Anhängern des Fußballklubs „Rapid“ zu finden.

Dort steht auch „Ausländer raus“. Auch das fällt der alten Dame aus Jerusalem auf.

Sie bemerkte vieles. Vor allem, wie ruhig es geworden ist und wie sehr die Geschäftigkeit und die Betriebsamkeit einer bleiernen Lähmung gewichen sind. An diesem wolkenlosen, heißen Nachmittag sind die Gassenfenster im zweiten Bezirk weit geöffnet. Die alte Dame aus Jerusalem blickt zu den Wohnungen hinauf und lauscht. Früher, sagt sie, habe man um diese Zeit aus jedem Fenster Klavierspiel gehört. Die Gassen wären erfüllt gewesen davon, überall hatten die Kinder geübt. Beinahe geräuschlos klingt es ihr dagegen jetzt, kein Sterbenslaut, ganz totenstill. „Leise und leer sind diese Gassen geworden. Früher war alles so lebhaft hier, die Kinder sind herumgelaufen, und alle haben laut geredet“, erzählt sie.

„Hier lachen ja keine Kinder mehr“, sagt sie.

Ein vollklimatisierter, sanft gefederter Autobus steht bereit. Seine graugetönten Panoramascheiben schützen vor den Sonnenstrahlen. Der Stadtführer mit dem adrett getrimmten Bart und dem schwungvoll geknoteten Halstuch steigt zu. Freundlich begrüßt er die alten Herrschaften, entschuldigt sich für seine kleine Verspätung und macht alle auf die Wunder, die das neue Wien zu bieten hat, gespannt. Interessiert und unbetroffen betrachten die Heimkehrer aus dem Exil das Kindergesicht von Wien, die Stadtfassade einer Zeit, die sie nicht mehr kennen. Es fällt ihnen wenig dazu ein. Erst als der Bus durch die urbane Neubausteppe von Stadlau und Kagran schaukelt und der Stadtführer leichte Kritik am kommunalen Schaffensdrang im Bordlautsprecher laut werden läßt, protestieren sie. Nein, ganz im Gegenteil, dies sei doch alles sehr hübsch und sehr modern. So nehmen sie jetzt Wien vor den Wienern in Schutz. Dann hält die Stadtrundfahrt vor dem Schloß Schönbrunn. Fünfzehn alte Wiener, die seit über vierzig Jahren die Stadt nicht mehr gesehen haben, klettern aus dem Bus und mischen sich ganz widerspruchslos unter die bunte Menschenmenge. Es ist nur ein Kurzbesuch. Sie gehen vor bis zum Park, schauen sich schnell um und formieren sich zum Gruppenfoto. Die Polaroids zwischen. Dann marschieren sie wieder retour und kaufen sich alle Eis. Sie sind Touristen in der Heimatstadt. Ellioth Merriman, 74 Jahre alt, ehemals aus der Brigittenau und jetzt aus Orlando, Florida, zwinkert mir zu: „So alt hab' ich werden müssen. Früher bin ich nie hierher gekommen.“ Es sollte eine Reise durch die Geschichte werden, zurück an die Stätten der Jugend und zurück an den Ursprung einer totgeprügelten Stadt. Die Kultusgemeinde hatte vertriebene Wiener aus Israel, Australien und den Vereinigten Staaten eingeladen, der Bürgermeister empfing sie, der Bundespräsident (der damals noch nicht Kurt Waldheim hieß; Anm.) rührte

ihr Herz. Sie, die nur mit knapper Not ihr Leben hatten retten können; sie, deren Familien von der ortsansässigen Vernichtungsmaschine zerrissen und ausgerottet worden waren; sie, die, ausgestoßen und unterstandslos, fortan Willkürleben führen mußten - sie fühlten sich von ihrer Erinnerung gefoppt. Die Stadtetikette schmeichelte ihnen, und mit einem zuvorkommenden Lächeln traten ihnen die Wiener entgegen, so, als wäre hier nie die Menschlichkeit verlorengegangen, und so, als wären es nicht die Wiener gewesen, die sie angespuckt hatten, die sich begierig auf ihre Habseligkeiten gestürzt und sie wie Vieh zusammengetrieben hatten.

Doch diese Bilder sind in ihr Gedächtnis eingebrennt. Flammenzeichen von Schmerz und Erniedrigung. Edith Merriman, 70 Jahre alt, muß daran denken, wie sie mit ihrem Bruder zur Registrierung getrieben wurde. Abgeriegelte Straßenzüge, Soldaten mit Gewehren im Anschlag. Ihr Bruder bat um Aufklärung widersprüchlicher Zeitangaben. Er erhielt sie: Ein Gewehrkolben zertrümmerte ihm den Kiefer. Sie erinnert sich an die Angst, die sie hatte, die Straße zu betreten, und sie spricht von den bösen Blicken und den zahllosen Gemeinheiten, die ihr überall entgegenstachen. Auch sie weiß mit der vorbehaltlosen Freundlichkeit, die sie begrüßt, nicht umzugehen. Meist bleibt sie im Bus in ihrem Sitz verkrochen und sagt, ihr sei übel und sie fühle sich schwach. Sie verbirgt sich, während andere Fragen stellen. Bestürzt fragen sie ihren Begleiter aus der Kultusgemeinde: „Doktor, wie können Sie hier leben - hier, bei den Mördern?“

Entgeistert suchen sie nach einer Erklärung für die Herzlichkeit des Fremdenführers: „Doktor, was haben Sie ihm erzählt, wie haben Sie ihn präpariert?“ „Gar nicht, das ist eben ein freundlicher Mensch“, erwidert der Begleiter. Aber auch er weiß, wie künstlich diese Fassade ist, was sie verbirgt und wie brüchig der Mörtel ist. Wien, die Geisterstadt, die mit dem Phantom ihrer Vergangenheit umspringt, als wär's ein liebevolles Hausgespenst, gesteht sich Mildtätigkeit zu, Gemütlichkeit und Gutmütigkeit. Weder Reue zeigt die Stadt noch Schuldbewußtsein. Und die Stimme dieser Stadt, die aus ihrem tiefsten Herzen kommt, sagt: Willkommen, wir lassen euch am Leben.

Das klingt dem Ehepaar Papanek, Helene ist 84 Jahre, Rudolf ist 79 Jahre alt, im Ohr, als sie sich in den zweiten Bezirk begeben, um nach dem Installateurgeschäft, daß sie vor über vier Jahrzehnten besessen haben, Ausschau zu halten. Sie finden es nicht mehr. Und als sie ältere Anwohner um Auskunft bitten, ihre Geschichte erzählen und von ihrer weiten Reise berichten, da ernten sie nur indigniertes Schulterzucken. „Man hat nicht belästigt sein wollen. Alle sind sehr nett, aber man will nichts wissen von dem, was war.“ Jeder Stein spricht von Erinnerung. Und die Heimkehrer aus dem Exil ziehen sich hinter einen Seelenpanzer zurück, verbergen Furcht, Verbitterung und Traurigkeit. Sie haben gelernt, mit der

Angst zu leben, unscheinbar zu sein und flink den Ort wieder zu verlassen, an dem ihnen Gefahr droht.

Doch dieser Panzer zerbricht zuweilen, und alter Schrecken und neue Rührung brechen hervor. Eine israelische Fahne im Wiener Rathaus genügt hier schon. Oder als der Bundespräsident zwei Damen bei der Hand nimmt und sie auf den Balkon der Hofburg führt. Da beginnen sie zu weinen. Die traurigen Tränen des Exils. Denn das Exil, dieses Lebensgefühl, das jeder Definition entgleitet, läßt sich nur verschleiern und verborgen ertragen. Es bedarf der Masken und Verstellungen. Exil, gleichgültig ob bei Heimkehr oder Aufbruch, das erfordert, angepaßt zu sein an die Jüewiligkeit des Aufenthaltsortes. Und manche, wie Ellioth Merriman, balancieren so leichtfüßig, daß die entwurzelte Existenz kaum mehr zu erahnen ist. Als sich in der Nazizeit alle fürchteten, unter die Arier-Menschen zu gehen, da fuhr er munter mit der Straßenbahn durch Wien. Er ließ sich einen Zweitagebart stehen, schlüpfte in verschmuddelte Kleider und schleppte stets ein Paket mit sich herum, um wie ein Botengänger zu erscheinen. „Weil a Jud, ham sich die Nazis gedacht, der schaut aus wie a ordentlicher Mensch. Hab ich halt ausgeschaut, wie a Jud nicht ausschauen darf.“

Zurück in Wien, fährt er als einer der wenigen Heimkehrer wieder allein mit der Straßenbahn durch Wien und besucht das „Delka“-Schuhgeschäft, in dem er einmal Filialleiter war. Keck geht er hinein, schnuppert herum und mokiert sich deutlich vernehmbar, daß die Schuhe am Boden herumstünden und nicht, wie's sich gehört, ordentlich in Schachteln verpackt in den Regalen lagern. „Bei mir hätt's das nie gegeben“, meint er geringschätzig.

Bei der Heimfahrt begegnet er dann einem unwirschen Blick in der Tramway. „Glei hab i g'sehn: Oj weh, scho wieder a Nazi.“ Weil, grinst er schelmisch und macht die Geste des Halsabschneidens, „die Alten in Wien san alle Nazis. Die sind so blöd geblieben, wie sie früher waren.“ Lächelnd greift er dann zu seiner Polaroid-Kamera und knipst Erinnerungsfotos.

Entfremdet waren sie gekommen. Befremdet verließen sie die Stadt wieder. Als sie im Pan-Am-Flug 72 von New York kommend die Sonne im Kabinenfenster aufgehen sah, fragte mich Edith Merriman immer wieder: „Sagen Sie, werden wir sicher sein?“

Keinerlei Beschwichtigungen halfen. „Wieso können Sie sagen, daß wir sicher sein werden?“

Doch fortan schüttelte sie nur mehr den Kopf. Zum erstenmal bereits bei der Zwischenlandung am Flughafen Frankfurt, wo Sie auf die Anschlußmaschine nach Wien wartete. Dort saß bei Flugsteig B 41 auch eine steinalte, gebrechliche Wienerin, die unentwegt Schokolade schleckte und, vollkommen verwirrt von den zahllosen Durchsagen, Zuflucht bei Frau Merriman suchte. „Ah, foahrn Se eh a nach Wien?“, sagte sie im reinsten Bassena

Deutsch. „I hob mir denkt, i kenn Ihna. San Se ned a ausn fuffzehntn Bezirk. Na? Weil, i hob mir denkt, i kenn Ihna vom Eikaufm. Vum Moarkt. Nämli, Se kumman mir ähnlich fur. Wirkli, I glaub, i hob Se erst fur a poar Tog am Moarkt troffen. Wissen S eh, zum Eikaufm ...“

Kopfschüttelnd verließen Herr und Frau Merriman wieder Wien: „Nichts ist, wie es einmal war.“

Das war alles ganz anders. Das soll alles ganz anders gewesen sein. Das ist alles ganz anders geworden. Das sollte alles ganz anders werden. Geschichten, nichts als Geschichten. Hatte man es geahnt? Welche Rechnung ist noch unbeglichen? Wer hat die Schulden gezahlt? Wer tritt das Erbe an? Was ist geblieben? Wer küßt wem die Hand? Dämonen. „Und eines Namens wurde würdig, wahrhaft eines schrecklichen, was bei wählender Begebenheit ...“ Nein. Wien, Stadt ohne Wiederkehr.

„Ich bin froh“, sagte Ellioth Merriman, ehemals aus der Brigittenau, nun aus Orlando, Florida, „Ich bin wirklich froh, wenn ich wieder daheim bin!“ Aber: Daheim - wo ist das?

„Von der Revolution zum Anschluss. Was es hieß, von 1918 - 1938 Sozialdemokrat zu sein.“

Univ. Prof. Dr. Alfred Pfabigan (Sozialphilosoph und Literaturkritiker)

Der ursprünglich angekündigte Titel des Referats lautete: Von der Revolution zum Anschluss. Was es hieß, von 1918 - 1938 Sozialdemokrat zu sein. Prof. Dr. Alfred Pfabigan verwarf jedoch dieses Thema und widmete sich beim Symposium der Auseinandersetzung mit Otto Bauer

Beim Wiederlesen des Buches von Richard Berczeller und Ludwig Leser „Als Zaungäste der Politik“ ist mir wieder diese ungeheure Wertschätzung einer Generation von Sozialdemokraten gegenüber Otto Bauer klar geworden und ich möchte mich hier damit auseinandersetzen. Vorausgeschickt sei: die historische Betrachtung des politischen Verhaltens einer Person steht vor dem prinzipiellen Dilemma, dass die Regeln der Fairness verletzt werden, wenn das Wissen von heute im Urteil auf früheres Verhalten rückprojiziert wird. Das ist ein wenig rechthaberisch, doch gleichzeitig haben sprachlich artikulationsfähige und charismatische Personen einen diskursiven Schutzwall um sich gebaut. Der wirkt bis ins Heute und den muss die Reflexion der Nachgeborenen durchbrechen.



Über die Person des Otto Bauer wissen wir interessanterweise relativ wenig. Die Gesamtausgabe des „Europa-Verlages“ ist unkommentiert, es gibt kaum unverstellte Erinnerungen und vor allem beschäftigen sich die Arbeiten über ihn mehr mit seinem offensiven Willen anstatt mit dem, was angesichts des Mörderatems

der Zeit notwendig gewesen wäre, nämlich mit seinen defensiven Konzepten. Es hat mich bei der Durchsicht der 10 Bände von Otto Bauer überrascht, dass Otto Bauer zur Neuen Ökonomischen Politik in Russland, zu Lenin, zu Stalin, zu Trotzki und zu den Moskauer Prozessen, die er verteidigt hat, mehr eingefallen ist, als zu Hitler und zum sogenannten „Röhm-Putsch“. Sicherlich, das Wort Faschismus kann man da oft lesen, doch es hat eigentlich keine Konsistenz und ist Bauer wohl nie ein Begriff geworden.

Trotz der schlechten Forschungslage wissen wir über einen Umweg ein wenig über Otto Bauer, vor allem dank der Pionierarbeit des Psychohistorikers Peter Loewenberg von der „UCLA“ (University of California, Los Angeles). Otto Bauer war „Doras Brother“ (so der Titel von Loewenbergs Studie). Ida Bauer firmiert in Sigmund Freuds „Bruchstücke einer Hysterieanalyse“ als Dora; sie ist – trotz oder wegen des abrupten Endes ihrer Analyse – eine der legendären Patientinnen Freuds. Otto Bauer kommt als Randfigur in dieser Fallstudie vor und wir finden darin und in den Jugenderinnerungen des Julius Braunthal an ihn viel von seiner Entschlisslosigkeit am 15. Juli 1927 und seinem schnellen Abgang im Februar 1934. Beides korrespondiert mit seinem innerfamiliären Verhalten: der Pubertierende ließ sich über Nacht im Zimmer einsperren, weil seine Mutter den Vater hindern wollte, aus dem Salon Zigarren zu holen; auch saß er widerstandslos im Wintermantel in der Wohnung – die auf Grund einer venerischen Erkrankung des Gatten ein wenig zwänglerische Mama hatte einen Putzfimmel und lüftete ständig. Bauers Charisma, dem ja auch Richard Berczeller verfallen war, gründet auf seiner Rhetorik und seinen Schriften – weniger auf seinem Handeln.

Was die Emigration betrifft, hat Dr. Peter Berczeller vorhin gesagt, „man musste von einem Tag auf den anderen“ gehen und das irritiert aus der heutigen Perspektive ein wenig, obwohl viele Opfer es so erlebt haben. Die ignorierte Vorhersehbarkeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung sei jetzt nicht Otto Bauer aufgesetzt, aber ich möchte ein wenig über seinen Deutschnationalismus, sein sehr diskretes Verhältnis zu Judentum und Antisemitismus und über seine eigenartige Auffassung dessen, was er als Dialektik verstanden hat, sprechen.

Otto Bauer hat ein Leben lang die großdeutsche Lösung präferiert und das war nicht nur Respekt gegenüber der - dem Zeitgeist zufolge - Höherwertigkeit der deutschen Kultur. Deren Heroen - Schiller, Goethe, Kant - erwähnt

er wohl, doch spielen sie in seinem Denken und seinen Texten kaum eine Rolle. Ganz anders als etwa bei Lenin, der ständig mit Beispielen aus der russischen Literatur argumentiert. Richard Berczeller berichtet, Bauer sei „in die Oper gegangen“ - was er dort gesehen hat und was ihm Kunst und Kultur tatsächlich bedeutet haben, werden wir nie erfahren.

Dafür gibt es in seinem Werk „Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ einige merkwürdige Passagen wie z.B. jene über das „kurzfristige Entzücken des Reisenden über südländische Schönheiten und die bald einsetzende Sehnsucht nach den blonden Schönheiten der Heimat“. Das liest sich ein wenig wie ein Pendant zum jüdischen Jungen in Adolf Hitlers „Mein Kampf“, der auf das arische Mädchen wartet, doch wichtiger ist ein anderer Aspekt: Bauer war, obwohl in Wien geboren, ein „Zugereister“, er hat erst 1918, als er schon Staatssekretär war, das Wiener Bürgerrecht bekommen. Doch seine Gedanken zur deutschen Nation als Schicksalsgemeinschaft sind nicht von außen formuliert, sondern von innen; hier artikuliert sich ein gewisses Zugehörigkeitsgefühl, das die Ablehnung ignoriert. Solches kann man auch bei Richard Berczeller finden; bei Bauer ist es mit einem rigiden Assimilationsimperativ verbunden. Er war in der Frage der Tschechen in Wien, des Streits um Schulen, Restaurants und Amtssprachen nicht das, was wir heute als links-grün verstehen.

Bauer hat immer den Anschluss der sogenannten Deutschen in Österreich an das „Mutterland“ gefordert und ist als Außenminister zurückgetreten, als er an dem Versuch scheiterte. Das ist mehr als die sozialdemokratische Tradition mit dem Traum von der gesamtdeutschen Revolution. Bauer ging bis zur Forderung, Deutschland müsste nach der Niederlage 1918 territorial vergrößert und nicht verkleinert werden. Otto Leichter hat diese Idee noch 1970 aufgegriffen: ein vergrößertes Deutschland hätte Neville Chamberlains „peace for our times“ stabilisiert, der Zweite Weltkrieg sei die Strafe der Geschichte für den verweigerten Anschluss 1918 gewesen. Bauers Argumente für den Anschluss wechselten ständig, oft war es die nicht vorhandene Überlebensfähigkeit Österreichs, aber eine Bedingung ist konstant: „dass wir den Anschluss an die deutsche Republik selbst bei einer schlechten deutschen Regierung wollen“. Ernst Hanisch hat in seiner durchaus empfehlenswerten Biographie („Der große Illusionist“, Wien 2011) seine Überraschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass Otto Bauer das Wort Nationalsozialismus kaum gebraucht hat. Bauers politisches Radar hat den Nationalsozialismus erst erfasst, als der österreichische Ableger der NSDAP bei der Nationalratswahl 1930 zwar kein Mandat, aber immerhin etwa 100.000 Stimmen eingefahren hat und vor allem als bei den Landtagswahlen 1932 im Roten Wien 201.000 NSDAP-Wähler gezählt wurden.

Der Anschlussparagraf wurde zwar nach Hitlers Machtergreifung 1933 aus dem Parteiprogramm gestrichen und eine kurze Zeit vor 1938 plädierte Bauer für ein unabhängiges Österreich. Doch nach der Annexion folgte die seltsame Stellungnahme, man müsse sich zum Anschluss nicht reaktionär, sondern revolutionär verhalten. Das paraphrasiert ein Engels-Zitat zu Königgrätz und zu Bismarck und gibt Hitler in gewisser Weise den Status eines neuen Bismarck. Das Konzept der Österreichischen Nation, das die Kommunisten damals präferiert haben, hat Bauer als kindliches Spiel abgetan. Hitler ist bei ihm eine sehr ambivalente Figur: mit dem Vollstrecker einer angestrebten historischen Notwendigkeit gibt es eine Schnittfläche, auch wenn Bauer die Vorgangsweise dieses Instruments der historischen Notwendigkeit missbilligt. Er hat Ignaz Seipel und Engelbert Dollfuß dämonisiert und gleichzeitig die Nationalsozialisten kaum kommentiert, im Grunde hat er sie fast wie der späte Ernst Nolte im Historikerstreit der 1980er Jahre als Reaktion auf die revolutionären Bewegungen verstanden. Programmatiken des Nationalsozialismus, soziale Trägergruppen und die Ideologie haben ihn nicht interessiert. Er gab dem Nationalsozialismus nur einen geschichtsphilosophischen Stellenwert: in der Dualität Kapitalismus – Sozialismus leite er den Endkampf ein.

Man kann wohl davon ausgehen, dass bei dieser Hemmung gegenüber dem Nationalsozialismus auch Bauers Verhältnis zu seinem Judentum eine wichtige Rolle spielt. Er war beschnitten, hat 1920 im Tempel geheiratet und wurde auch nach dem mosaischen Ritus begraben. Der Staatssekretär für Volksernährung, der kein Antisemit war, beschrieb ihn so: „Sein Äußeres ist leider nicht einnehmend, er ist klein und sehr jüdisch.“ Bauer war auch Opfer antisemitischer Angriffe; bei einer Parlamentsdebatte 1930 hat ihn Julius Raab einen „frechen Saujuden“ genannt, was der Popularität des späteren Bundeskanzlers in der 2. Republik nicht wirklich geschadet hat. Die Sozialdemokratie galt ihren Gegnern als „verjudet“; tatsächlich hat der amerikanische Historiker Steven Beller in seiner Untersuchung unter den prominenten vor 1905 geborenen sozialistischen Intellektuellen einen Anteil von 59 % Personen mit jüdischem Hintergrund genannt. Es hat aber auch einen innerparteilichen Antisemitismus gegeben, dessen prominentestes Opfer der Parteisekretär Robert Danneberg war. In Parteikonferenzen wurde vom „geistigen Hochmut und der Verjudung des Apparats“ gesprochen und Karl Renner sprach 1937 den „Judenpunkt“ an, „der die Partei nicht bündnisfähig macht“. Nicht nur vom Beispiel des Bruno Kreisky wissen wir, welche Schwierigkeiten rückkehrwilligen jüdischen Sozialdemokraten gemacht wurden. Zur Frage der Restitution hat sich Karl Renner recht eindeutig geäußert: „Bevor wir jedem jüdischen Greißler sein Geschäft zurückgeben und sehen, dass

wir dann wieder die Sippschaft da haben, wollen wir das, was uns der Austrofaschismus genommen hat, zurückhaben.“ Jeder hier kennt wohl den Titel der Untersuchung des englischen Historikers Robert Knight über die Restitution von Raubgut – ein Satz des sozialdemokratischen Innenministers Oskar Helmer aus den Ministerratsprotokollen: „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Und so ist es auch geschehen. In der Agitation gab es das – auch plakatierte - Stereotyp vom jüdischen Kapitalisten, das allerdings auch Otto Bauer gerne verwendete, bis hin zur Behauptung, jene jüdischen Kapitalisten würden den Faschismus unterstützen.

Dass Bauer ein derartiges Essential des Nationalsozialismus wie den Antisemitismus weitgehend ignoriert hat, darf man als Nachgeborener wohl als Fehler betrachten. Ein Gegenbeispiel ist Erich Fromm, der für



das Frankfurter Institut für Sozialforschung 1929 das autoritäre und antisemitische Potential der deutschen Arbeiter und Angestellten untersucht hat. Bauer hat einmal geschrieben, die

Sozialdemokratie sei „keine Judenschutztruppe“. Es ist wohl eigenartig, dass Bauer die Grausamkeit der Nürnberger Gesetze gegen die Juden nicht kommentiert hat, die generell in der sozialdemokratischen Publizistik kaum erwähnt wurden. In der Geschichte der italienischen Sozialdemokratie kann man lesen, dass GenossInnen schon vor 1924, also schon vor der Ermordung des Parteisekretärs Giacomo Matteotti, begonnen hätten, den Geruch des Todes wahrzunehmen und das Land Mussolinis zu verlassen. Matteotti wurde ein Gemeindebau gewidmet, doch den grausamen Atem der Zeit hat Bauer offensichtlich nicht so verspürt. Die unzähligen Geschichten der deutschen Emigranten, die in Wien kursierten, haben bei ihm keine Resonanz gefunden. Wie sehr er die besondere Eigenheit des Nationalsozialismus im Grunde verniedlicht hat, möchte ich mit einem Zitat belegen. Den sogenannten „Röhm-Putsch“, die Abrechnung Hitlers 1934 mit der Opposition innerhalb seiner „Bewegung“, hat Bauer so bewertet: „Der Röhm-Putsch ist mit der faschistischen Gemeindediktatur Wiens gleichzusetzen. Mörder gibt es hüben und drüben. Hitler hat seine Obersten ohne Gehör und Gericht ermorden lassen. Die Welt sieht sich schaudernd zurückgeworfen in die Zeiten Richard II. oder Iwan des Schrecklichen. Auch alle Kulturmenschen sind entsetzt, doch auch die faschistischen Machthaber Österreichs haben den kranken Wiener Bürgermeister und Parteivorsitzenden Seitz eingekerkert. Seitz wird wohl im Gefängnis zu Grunde gehen.“ Nun, Seitz überlebte

und starb 1950. Der Vergleich des NS- Terrors mit der Inhaftierung Seitzens zeigt das mangelnde Verständnis Bauers für die Eigenart des deutschen Faschismus.

Kann man diesen sorglosen Umgang mit einer funktionalen Angst mit dem erklären, was der Historiker des Judentum Paul Johnson, die „Jewish Experience“ nannte, die Auffassung, dass alles nicht so schlimm kommen würde, dass man immer mit Bezahlung, mit Verhandlung und mit Hinauszögern durchkommen würde? Wie auch immer: was die Linke betrifft, sind die Artikulationen Bauers ein Stein in jenem furchtbaren Mosaik aus Motiven, die letztlich veranlasst haben, dass Robert Danneberg erst am Morgen des 13. März in den rettenden Zug nach Bratislava gestiegen ist, dort zwei Tage am Bahnsteig gestanden hat, zurückgebracht und später im KZ ermordet wurde.

Hier gibt es auch einen Zusammenhang mit Bauers grundsätzlicher Denkweise und einer populären, vulgarisierten Version des Begriffes Dialektik. Bauer hat sich hier hauptsächlich aus dem Anti-Dühring von Friedrich Engels bedient, wo ja auch schon eine Vereinfachung der Dialektik Hegels stattfindet. Im Grund reduziert er die Dialektik auf das Schema von These und Antithese, wobei bei ihm immer die Antithese gewinnt. Der Kapitalismus war die These, der Sozialismus ist die Antithese und daher muss der Sozialismus den Kapitalismus ablösen, das ist die zwingende Entwicklungstendenz. Das Brecht'sche „So wie es ist bleibt es nicht“ meint ja, umgelegt auf Hegel, es stellt sich etwas Neues heraus und dieses Neue haben wir dann – wenn wir hegelianisch denken – 1945 gesehen. Aber Bauer hat interessanterweise gerade durch seine ungeheure Überzeugungskraft seinen Parteilanhängern eine unglaubliche „experience“ geliefert, die ihn glaubwürdig machte. In seiner im ORF-Archiv erhaltenen, auch auf CD publizierten Rede zur Wirtschaftskrise spricht er ruhig, belehrend und überzeugt durch seine Nachdrücklichkeit. Die Niederlage wird dieser Dialektik zur Voraussetzung des Sieges – wer so denkt betreibt eine Apperzeptionsverweigerung gegenüber dem Faschismus, zu der Bauer ja – wie wir aus Freuds fragmentarischen Bemerkungen wissen – disponiert. Das allerdings fand sich in Österreich nicht nur auf der Seite der Linken. Auch Sigmund Freud hat sich tatsächlich eingebildet, wenn er seine greisen Schwestern mit der grandiosen Summe von 100.000.- US\$ in Wien zurücklässt, würden sie durchkommen – sie wurden 1942/43 ermordet.

Diese kurzen Ausführungen zu Otto Bauer sind ein wenig eine „Antithese“ zu dem Bauer-Bild Richard Berczellers und haben viele Komplexitäten ignoriert. Doch die Frage bleibt offen, ob es in für diesen „Staat, den keiner wollte“ (so der Titel eines Buches von Helmut Andics), keine andere Option gegeben hätte als den Untergang.

DISKUSSION UND FRAGEN:

Peter Berczeller:

Ich habe selbst gesehen, dass viele jüdische Genossen das Judentum abgeschoben haben. Sie sind vom Judentum weggegangen und haben geglaubt, sie haben nun eine andere Orthodoxie. Das war der Kommunismus, Sozialismus, etc. Das ist das Konzept von „Jewish Self Hate“. Das ist eine Hoffnung der Befreiung von dieser alten Tradition. Man ist neu, jung und frisch. Das ist aber nicht nur bei uns. Wenn man den Henry Kissinger gefragt hat, was seine Wurzeln seien, hat er geantwortet „I have Jewish origins“ und nicht er ist ein Jude. Ähnlich war es bei Kreisky und anderen. Ich habe noch nie einen jüdischen Sozialdemokraten gesehen, der samstags in den Tempel geht.

Alfred Pfabigan:

Da haben sie vollkommen Recht. Da gibt es noch einen weiteren Punkt. Viele haben diesen „gap“ zwischen kulturellem und rassischem Antisemitismus nicht mitgemacht. Was mich erschreckt hat, war die Schilderung der Szene des ehemals kleinen Mädchens, wenn es um drei Uhr in der Früh an die Tür klopft und alle schon warten, weil sie wissen, was nun kommen wird. Und zur Tür geht der Großvater, der nur ein Bein und das Eiserne Kreuz hat, und damit zeigt, ich bin nicht einer von denen, die ihr sucht. Ihr sucht die anderen. Aber die haben nicht mehr so gedacht, dass sie nur mehr die einen suchen. Das „Self Hate“ ist auch sehr mit dem Sprachlichen verbunden. Ich spekuliere manchmal mit der Idee, dass diese vielen großen Schriftsteller mit jüdischem Hintergrund, von Heine bis Karl Kraus, die gleichzeitig ein so großes Spektrum hatten - auch wenn sie einander nicht mochten - die soviel konnten, dass dies eine kompensatorische Regelung ist. Das ist ein sehr ärgerlicher Vorwurf, den auch Franzosen Bob Dylan macht. Der Umstand, dass Bob Dylan alles singen kann von Blues, Rock and Roll bis Frank Sinatra, und seine Gewandtheit bringt Franzosen mit seinem Judentum in Zusammenhang.

Thomas Nowotny:

Eine Anmerkung zur Geschichte des New Yorker Endes der deutschnationalen Colorierung der Sozialdemokratie. Nachdem Buttinger von der Leitung des übriggebliebenen Restes der Sozialistischen Internationale in New York zurückgetreten ist, hat Friedrich Adler die Funktion übernommen. Auch Friedrich Adler hat dann die Funktion zurückgelegt, nachdem die Alliierten sich auf die Moskauer Deklaration zur Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich vom Herbst 1943 geeinigt hatten. Im Mitteilungsblatt der Friends of Austrian Labour hat Adler einen Artikel geschrieben, wo er sich diesem Entschluss entgegenstellt. Dies sei eine reaktionäre Tat.

Als überzeugter revolutionärer Sozialist muss man auf die Gesamtdeutsche Revolution warten. Es hat etliche Zeit gedauert, bis sich die American Friends of Austrian Labor zur Moskauer Deklaration bekannt haben.

Zum Zweiten: es ist nicht nur die Frage der jüdischen Identität, sondern auch einer bewussten politischen Formation. Es gab den Kampf zwischen den Zionisten und den Bundeluten. Das war sehr zugespitzt. Für die einen war die Herstellung einer jüdischen Heimat, das Bekenntnis zu einer Nation eines Judentums wichtig. Für die anderen war es eine Rückkehr in das finstere Mittelalter, gegen die Aufklärung, indem man Religion und Rasse als Grundlage eines Staates macht. Diese Auseinandersetzung war sehr stark zur Jugendzeit von Kreisky und hat Kreisky auch sehr geformt. Es ist schwer für jemanden, der dem Bund nahestand, das Jüdische als primäre Identität zu akzeptieren. Meine primäre Identität ist der Kampf für die große proletarische Revolution.

Alfred Pfabigan:

Die Sozialdemokratie war der Nachfolger des Liberalismus in der Frage der Gleichschaltung. Ein schönes Zitat aus den Debatten um Theodor Herzls Buch ist das Kraus'sche, ein neues Rotes Meer, das den Juden die Rückkehr in die Heimat versperrt. Und es gibt eine neue Kraft, die alles gleich macht - auch die Nasen. Man ist davon ausgegangen, dass die Identität als Genosse, die aus einer anderen Form der Existenz kommt, eine stärkere ist als die mittlerweile nur mehr zugeschriebene Identität als Jude.

Eva Nowotny:

Ich möchte das Moment der Zeit herausstreichen. Ich bin seit einigen Jahren Mitglied einer Kommission, die sich mit der Restitution von Kunstwerken aus der Leopoldstiftung beschäftigt. Wenn man in die Geschichte der Provenienzforschung einsteigt, sieht man, wie schnell der Zugriff war. Und wie kurz die Zeitspanne zwischen einer geschützten respektierten Existenz eines Universitätsprofessors mit einer Villa in der Chimanistraße und einer großen Kunstsammlung bis zur Beschlagnahme und Übersiedlung in ein Massenquartier in der Leopoldstadt. Man muss das in die Überlegung einbeziehen. Das war ein Faktor, der den Zustand des Schocks und der Fassungslosigkeit über Geschehnisse für Menschen, die sich völlig anders in ihrer Rolle in der Gesellschaft und ihrer Identität definiert haben, unglaublich verstärkt hat - das Nichtfassenkönnen, was einem passiert. Das war ein ganz wesentlicher Faktor für das Verhalten in der Emigration, für die spätere Beziehung zu Österreich.

Joachim Riedl:

Was in der Woche vom 13. bis 20. März 1938 in Wien stattgefunden hat, hat sogar die deutschen Nazis

schockiert. Die waren fassungslos. Die erste Welle waren wilde Arisierungen. Der Angestellte hat seinen Chef vor die Tür gesetzt. Der Hausmeister ist in die Beletage-Wohnung gegangen und hat die Bewohner rausgeschmissen. In Deutschland hat das von 1933-1938 einen sehr langsamen Verlauf genommen. Es war bürokratisch organisiert. Es gibt in Wien noch im März Aufrufe im Völkischen Beobachter, wo die Wiener darauf hingewiesen werden, dass das so nicht geht. Deutschland sei ein Rechtsstaat. Wo die Frau Sowieso von der Siebener Stiege geglaubt hat, sich den Pelzmantel, das Silberbesteck oder den Perserteppich holen zu können. Das hat es noch verstärkt, da es nicht die SS oder SA waren, sondern die Nachbarn, die sich bereichert haben. In den ersten Jahren nach 1945, als die Entnazifizierung noch halbwegs ernst genommen wurde, gibt es die Volksgerichtshofprozesse, wo genau diese kleinen Fälle aufgearbeitet werden. Ein Fall zum Beispiel: Auktionat im Dorotheum mit zwei Experten und der eine spuckt dem anderen ins Gesicht und sagt „Saujud raus“ - das hat nach 1945 noch zu einem Prozess gereicht. Es ist eine Unmittelbarkeit, die man 5 Jahre acht Stunden am Tag geteilt hat. In dem Augenblick, wo man es darf, tut man es auch. Die Anfeindungen, der Antisemitismus war seit Luegers Zeit etwas Alltägliches, es war salonfähig. Man hat damit zu leben gelernt. Man hat sich in Parallelwelten eingefunden. Was auch noch wichtig ist: es gibt vor 1938 keine jüdische Identität. Es gibt zumindest 250 jüdische Identitäten – von vollkommener Verweigerung bis zu den Ostjuden aus Galizien. Und dazwischen gibt es eine breite Palette mit wechselnden Selbstdefinitionen.

Otto Bauer ist nicht ausgetreten, als er von der Partei den Vorwurf bekommen hat, wie man bei so einer abergläubischen Vereinigung wie der Kultusgemeinde sein kann. Otto Bauer hat gemeint, zu Dir hat ja keiner im Parlament Saujud gesagt. Das war so ein Beharrungsbeschluss. Die Verweigerung oder Ablehnung des Judentums hat auch damit zu tun, dass man nicht in einer rigiden Form einer patriarchalisch geprägten, archaischen Gesetzeswelt leben will. Die Sozialdemokratie will eine neue Welt erobern. Und auf der anderen Seite soll man Speisegesetze einhalten. Was hat das mit Revolution und Sozialismus zu tun? Das ist schon sehr viel komplexer. Man muss aufpassen, wenn wir über diese Zeiten reden. Es ist für alle, die sich historisch damit beschäftigen ein Problem, wenn wir Kriterien anwenden, die wir ideologisch und weltanschaulich ablehnen. Wir argumentieren letztlich immer wieder mit den Kategorien der Nürnberger Gesetze, wenn wir die Leute einteilen. Es ist ein Dilemma, aus dem wir nicht rauskommen.

Alfred Pfabigan:

In einem Handbuch über die Reaktionen auf Hitler wird uns geraten, wir sollen zumindest bei Nazi-Ausdrücken wie „Kristallnacht“, „Anschluss“,

„Röhm-Putsch“ Anführungszeichen machen, wenn wir sie verwenden. Zu Deiner Feststellung zu dem Abrupten: Auf die Bauten mit 64000 Wohnungen des Roten Wien können wir stolz sein, die schauen noch gut aus. Nur sind in den Monaten von März bis Oktober 1938 63000 Wohnungen wild arisiert worden. Rechnen wir kulant mit 3 Personen je Wohnung, dann sind das 190000 Personen, das sind 11% der Wiener Bevölkerung, die auf Kosten ihrer jüdischen Mitbürger ihre Wohnsituation verbessert haben. Aber trotz diesen überraschenden Arisierungen ist es für mich ein Rätsel, warum die Leute das nicht vorher gewusst haben. Woher kommt diese Sekurität? Ich verstecke mich hinter Ruth Klüger, hinter einer Tochter, die wiedergibt, wie zu Hause geredet wurde. Man kannte die Nürnberger Gesetze. Der Vater war Gynäkologe. Ein jüdischer Arzt darf ab einem bestimmten Zeitpunkt nur jüdische Patienten behandeln. Dann sind die Nazis gekommen. Der Vater Klüger hat Abtreibungen gemacht, was ein Verbrechen war. Und er hatte die Möglichkeit, nach Argentinien zu gehen, schreibt die Tochter. Er hat gemeint, was soll ich in Argentinien. Dort ist es heiß. Daraufhin ist er ermordet worden. Wo ist das hergekommen? Auch die Klüger fragt sich: Wo ist die Sorglosigkeit hergekommen? Das fehlende Aufsichselbstschauen. Wo liegt die Wurzel? Ich muss gestehen, mir ist das rätselhaft.

Frage:

Die Geschichte über Otto Bauer war hochinteressant. Es hat aber auch eine sozialdemokratische Basis gegeben, die sich mit Nazis durchdrungen hat: der Geist der Lagerstraße aus Wöllersdorf. Gibt es da Untersuchungen über eine Kontinuität nach dem Krieg in der SPÖ? Hängt es mit der Einladungs politik nach dem Krieg, der Verzögerung der Rückkehr zusammen?

Alfred Pfabigan:

Otto Leichter hat in einem Gespräch mit mir gemeint, er habe sich viel vorgestellt, als er nach Österreich zurückgekommen ist. Er ist dann in der statistischen Abteilung in einem wirklich sehr kleinen Büro in der Arbeiterkammer gelandet. Und hat darin ein System gesehen.

Fritz Weber:

Ich bin ein Kind der Provinz. Mir war der Antisemitismus immer was völlig Fremdes. Das habe ich nicht gekannt. Das gab es bei uns nicht. Das sage ich jetzt einfach so. Ich habe dann in Wien bei Edi März gearbeitet, der eine jüdische Sekretärin hatte. Wir haben nie über solche Fragen diskutieren müssen. Es gab das Problem einfach nicht. Keiner hat gesagt: „Ich bin Jude“ oder „Ich bin Nichtjude“. Das habe ich erst so nebenbei beim VSStÖ in Wien kennengelernt. Da sind antisemitische Witze erzählt worden, die ich zuerst als naiver Provinzler so nicht verstanden habe. Erst im Lauf der Zeit bin ich

daraufgekommen, was da in Wien unter der Oberfläche läuft.

Ich hatte ja auch über Otto Bauer nie im Sinne von Jude – Nichtjude nachgedacht. Das war und ist für den Politiker Otto Bauer nicht von Bedeutung. Für mich ist er ein Politiker, der sich in manchen Fragen geirrt hat. Nicht mehr und nicht weniger.

Das Großdeutsche war einfach Bestandteil des sozialdemokratischen Denkens. Das hat erst einen negativen Beigeschmack bekommen, als der Nationalsozialismus groß wurde. Ich denke, ich habe dazu ein ganz anderes Verhältnis als Leute, die ahistorisch denken. Für mich ist Otto Bauer nach wie vor einer der interessantesten sozialdemokratischen Politiker, die mir je untergekommen sind. Ich habe mich sehr viel mit ihm beschäftigt.

Warum das in heutigen Diskussionen nicht verstanden und gewürdigt wird, habe ich nie verstanden. Bauer hat genau hingehört, welche Argumente bei den Unternehmern eine zentrale Rolle spielten. Die Unternehmer haben gesagt, man muss die Löhne kürzen, um der österreichischen Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen. Bauer entgegnete messerscharf, und ohne Emotionen zu bemühen, das sei falsch, sei kurzfristige bürgerliche Politik. Die sozialistische Alternative bestehe in der Modernisierung der Wirtschaft, in höheren Löhnen und in Investitionen, die die Produktivität der Industrie steigern.

Das führt mich zu meinem Problem mit dem, was Du (an Alfred Pfabigan gewandt) gesagt hast: Die Gefahr besteht darin, Dinge zurück in die Vergangenheit zu projizieren, Dinge, die nicht vorhersehbar waren. Natürlich gab es den Antisemitismus schon in den 1920er-Jahren, aber dass Menschen andere Menschen erschlagen, nur weil sie Juden sind, das war als Massenphänomen neu. Das konnte man nicht voraussehen, das war eine neue Stufe des Antisemitismus. Früher gab es auch militante Judenhasser, aber dieser Hass äußerte sich vor allem in verbaler Aggression.

Noch ein Wort zum Unterschied zwischen nationalsozialistischem und sozialdemokratischem Antisemitismus. Hat der Antisemitismus in der Sozialdemokratie eine entscheidende Rolle gespielt? Ich sage: Nein! Er hat die Auseinandersetzungen nicht dominiert.

Joachim Riedl:

Darf ich Dir kurz widersprechen? Die These, dass das für das politische Handeln in der Zwischenkriegszeit völlig belanglos gewesen wäre, ist grundfalsch. Der ganze politische Diskurs war in diese Richtung konnotiert. Seitdem Lueger den Antisemitismus als politische Waffe erfunden hat und aus der klerikalen Seite als politisches Mittel zur Durchsetzung ganz andere Ideen gekapert hat, ist das eine Konstante in der österreichischen Innenpolitik und vor allem in der

Wiener Innenpolitik. Das ging bis hin zu Schönerer, der zwar gegen die Tschechen so argumentiert hat, die aber auch sehr antisemitisch eingestellt waren und das als politisches Mittel eingesetzt haben. Das war noch vor 1918. Die Erben von Lueger, die Christlichsozialen, argumentieren in der Ersten Republik vom ersten Tag an antisemitisch. Da gibt es jede Menge Belegstellen. Die Reichspost als zentrales Organ der Christlichsozialen ist ein antisemitisches Kampfbblatt. Dagegen liest sich der Stürmer auch nicht schlimmer. Dass das belanglos war, halte ich nicht für richtig.

Frage:

Ich bin kein Fan von Otto Bauer. Die Sichtweise des Historikers, der zurückblickt, verschleiert die Analyse. Die Beziehung zum Antisemitismus, sein Verständnis vom Nationalsozialismus kann man nur rückblickend so sehen, wie Sie das tun. Viel relevanter ist die Kritik an der philosophischen Grundlage von Bauer und dem Austromarxismus, die falsche Anwendung der Dialektik. Ich finde es spannend, dass die Revolutionären Sozialisten in der Illegalität 1936, 1937 eine Analyse entwickelt haben, die sich dann später in der Tradition der Sozialdemokratie verankern hat können. Dies ist der Ansatzpunkt, wo das Ganze in der Sozialdemokratie Ende der 1920er und 1930er erklärt werden kann.

Popper:

Ich bin Mediziner wie der Peter. Mein Vater war einer der jüdischen Ärzte in Wien, die in dieser Zeit – er begann 1921 zu studieren – ihre Ausbildung gemacht haben. Er war als junger Mann von der Ärzteschaft des Allgemeinen Krankenhauses als Vertreter der Ärzteschaft in die Wirtschaftsorganisation der Ärzte (Vorgänger der Ärztekammer) gewählt worden. Mein Vater hat Aufzeichnungen über diese Zeit und über unsere spätere Zeit in Bolivien geführt, wo wir gewesen sind. Es war schon so, dass in diesen Jahren, die mein Vater - Jahrgang 1904 - erlebt hat, in der Schweiz – in der Schweiz war es nicht so auffallend – in Frankreich, aber vor allem in Österreich diese eindeutige Differenzierung gegeben hat: „Jud oder ka' Jud“. Mein Vater schreibt es auch in seinen Erinnerungen. Es gab an den Wiener Universitätsklinken in jeder Klinik zumindest einen Vorzeigejuden, der dort arbeiten und leben durfte. Hans Popper mit seiner Familie oder auch Paul Schiller mussten ihre Karrieren zum Teil außerhalb von Österreich machen, weil sie Juden waren. Es war einfach so. Das war auch von Seiten der jüdischen Ärzteschaft klar. 1938 gab es 5000 Ärzte in Wien - 3000 davon waren Juden. Alle haben gespürt, dass es eine andere Art von Beziehung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Ärzten gab. Diese Stimmung war immer vorhanden. 1938 war es aber schon etwas plötzlich, als sich diese blanke Brutalität und Gemeinheit gezeigt hat. Ein fließender Übergang war das sicherlich nicht. Die Juden in den medizinischen Bereichen, wie ich es

aus den Aufzeichnungen meines Vaters kenne, haben alle gewusst, dass es da verschiedene Dinge gibt. Es hat ein eigenes jüdisches Leben durch die Überzahl an jüdischen Ärzten an den Kliniken gegeben. Das ist dann 1938 gekippt und ist nicht ganz unerwartet gekommen. Sicher hat damals keiner von den jüdischen Ärzten geglaubt, dass es einmal so weit wie zur Shoa kommen würde. Ich sehe das insbesondere an dieser sehr prominenten Gesellschaftsgruppe hier in Wien. Zufälle oder unerwartete Dinge waren das nicht.

Es hat sehr viele jüdische Bürger in Wien gegeben, die aus der Synagoge, der Kultusgemeinde ausgetreten sind. Mein Vater und mein Großvater sind 1923 ausgetreten. Sie waren säkulare Juden und haben mit Religion überhaupt nichts zu tun gehabt. Alle haben aber gewusst, dass sie für ihre Karriere in dieser Zeit vor 1938 in Österreich und im Deutschen Reich kaum Chancen hatten. Viele haben spätestens beim Anschluss gewusst, sie müssen weg. Uns so war das auch für meine Familie. Ich habe die Stimmung aus der persönlichen, familiären Seite mitbekommen. Überraschend war es eher, als wir aus Bolivien zurückgekommen sind und gehört haben, was da alles passiert ist. Es hat sich keiner diese Form des industrialisierten Massenmordes vorstellen können.

Fritz Weber:

Mir geht es vor allem darum zu begreifen, wann eine Stimmung umschlägt von einer Kopf- in eine Faustidee. Mit dieser Gefahr sind wir ja auch heute in gewisser Weise konfrontiert.

Einer meiner besten Freunde seit dem Kindergarten ist der Sohn eines kommunistischen Stahlarbeiters aus der Obersteiermark.

Ich kenne ihn seit dem Kindergarten und er hat mir erzählt, dass alle seine Verwandten den Hofer gewählt haben. Haben die Leute kein historisches Gedächtnis oder begreifen sie nichts? Was heute passiert kann man durchaus in Verbindung bringen mit dem, was zwischen 1933 und 1938 geschehen ist. Mein Großvater war Schutzbündler und das, was Brecht einen „denkenden Arbeiter“ genannt hat. Er hat in den letzten Tagen vor dem „Anschluß“ mit den Anhängern des Austrofaschismus gegen die Nazis demonstriert, weil er wusste, Hitler bedeutet Krieg. Unvorstellbar, dass er heute Nazibuben wählen würde.

Popper:

Die sozialdemokratischen Ärzte, von denen mein Vater damals einer gewesen ist, haben nicht gedacht, dass es diese gravierende Zäsur geben würde. Das sich was ändert und man sich nach anderen Jobmöglichkeiten umschauen müsste, war schon klar. Einige der ärztlichen Freunde meiner Eltern habe ich nach dem Krieg kennengelernt, da sie immer wieder nach Wien auf Besuch gekommen sind. Ich habe aber keinen aus der Verwandtschaft kennengelernt, der dageblieben

wäre. Sie waren nur zu Besuch und sind dann oft mit Tränen wieder nach Hause gefahren.

Fritz Weber:

Einer meiner sehr guten Freunde war Kurt Sanderling, ein jüdischer Dirigent, der zum Schluss in der DDR gelebt hat. Er hat mir erzählt, dass er aus Russland weggegangen ist, weil er in Russland als Jude nie verantwortlicher Leiter eines Orchesters werden hätte können. Diese Art von Antisemitismus war ein international verbreitetes Phänomen. Manchmal bricht es dann aus, wie es beim Stalin ausgebrochen ist. Und dann spielt es wieder keine Rolle. So muss man sich das auch in seinem Kopf zurechtlegen. Es gibt Situationen, wo es dann umschlägt in etwas ganz, ganz Böses und Aggressives.

Frage:

Ein anderer Punkt bei Dr. Alfred Pfabigan ist, dass Otto Bauer den Faschismus nicht erkannt hat, dass er die Nationalsozialisten nicht als Gefahr angesehen hat. Diese Frage ist wichtiger als das Umschlagen von Kopf zur Tat. Zweitens haben nicht nur jüdische sondern auch sozialdemokratische Ärzte in den 1920er und 1930er Jahren Schwierigkeiten an der Universität bekommen.

Alfred Pfabigan:

Es hat an der Wiener Universität eine Geheimorganisation von Professoren und Assistenten gegeben. Sie hat sich „Deutsche Gemeinschaft“ genannt und wurde von Seyß-Inquart geleitet. Sie haben sich mit dem systematischen Mobbing jüdischer Fakultätsmitglieder beschäftigt. Die Protokolle wurden durch Wolfgang Rosar bekannt und Michael Sickart hat einen Auszug daraus veröffentlicht. Da steht wirklich drinnen, der Jude Kohn, also Hans Kelsen, hat um eine Sekretärin angesucht. Volksgenosse sowieso verspricht, den Akt einmal ganz unten hinzulegen. Kelsen hat drei Jahre lang versucht, eine Sekretärin zu bekommen. Bis er dann die Wiener Universität verlassen hat.

Zu Ihnen – wir sehen das aus heutiger Perspektive. Da bin ich auf ihrer Seite. Wenn wir heute das lesen, was unsere durchaus sympathischen – lieber Fritz (nimmt Bezug auf Fritz Weber) – Altvorderen linker Provenienz über den Faschismus und den Nationalsozialismus geschrieben haben! Sie haben, obwohl sie den Terror in Russland teilweise bejaht haben und in Italien Squadrista Tausende Menschen gemordet haben, kein Gefühl für Geschichtskatastrophen gehabt. Wir haben eine höhere Sensibilität für den Umschlag von den Worten zu den Taten. Wir achten auf diese Dinge. Ich kann mich erinnern, als ich begonnen habe, mich mit dem Thema der „whiteness“ auf dem Feld der Mode zu beschäftigen. Da haben die Leute gelacht. Mittlerweile

ist Whiteness ein anerkanntes Forschungsthema. Wir sammeln Literatur von Menschen, die darunter leiden, dass ihre Hautfarbe etwas zu dunkel ist. Und welche Auswirkungen das auf den Lebensstil hat. Da profitieren wir von der Geschichte, von den furchtbaren Opfern, die gebracht wurden und haben einen zivilisatorischen Vorsprung. Den müssen wir aber nützen.

Frage/Kommentar:

Die zentrale Funktion des Faschismus in den 1920er und 1930er Jahren war die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie und der Arbeiterbewegung. Das Element der Massenvernichtung der Juden ist erst später dazugetreten. Für Otto Bauer, der 1938 stirbt, ist der Focus in seinem politischen Denken woanders. Ich kritisiere ihn aber dafür, dass er in seinem permanenten Optimismus glaubt, die Geschichte geht in seiner Antithese immer positiv aus und dass er daher die Arbeiterbewegung relativ nackt stehen hat lassen. Und im Vergleich zu Buttinger, der ab 1936, 1937 verstanden hat, wo der Zug hinfährt, hat man keine politischen Vorkehrungen getroffen, um diesem Schockzustand vorzubeugen. Im März 1938 haben die illegalen revolutionären Sozialisten geglaubt, so schlimm wird es nicht werden. Irgendwie werden wir es schon überstehen.

„Wandlung der österreichischen Sozialisten im Exil (England, Schweden, USA) – Zwischen Keynes und Planwirtschaft“

Univ. Doz. Dr. Fritz Weber (Wirtschaftshistoriker und Operndramaturg)

Den Begriff der Vollbeschäftigung hat es vor 1934 in der österreichischen Arbeiterbewegung nicht gegeben. Erst ganz zum Schluss, im Herbst 1933, als das Parlament schon auseinandergejagt war, gab es eine Beschäftigungs-Initiative der Sozialdemokratie. Bis zu diesem Zeitpunkt hat sie sich verhalten wie ein wirtschaftsliberaler Verein. Die Sozialdemokraten haben nie die Vorstellung gehabt, sie können in einem weitgehenden Sinn in die Konjunktur eingreifen und deren Gang verändern. Das ist eine Idee, die erst mit der Weltwirtschaftskrise entstanden ist. Es war gar nicht so leicht, das in der Sozialdemokratie durchzusetzen. Otto Bauer in Österreich und Hilferding in Deutschland haben verhindert, dass die Sozialdemokratie sich mit diesen Fragen im praktischen Sinn auseinandersetzt. Und es blieb einem Gewerkschafter, dem Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Johann Schorsch, überlassen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen und im Parteivorstand zu versuchen, seine Kollegen und Genossen davon zu überzeugen, dass man nicht länger „zuschauen“ soll - wie er sich selbst ausgedrückt hat, sondern dass man eingreifen muss.



Womit hängt das zusammen? Das war eine Frage, die mich immer wieder interessiert hat. Es hängt damit zusammen, dass die Arbeiterbewegung bis 1914 eigentlich nie damit konfrontiert war, wirtschaftspolitisch tätig zu werden. Das hängt damit zusammen, dass es eine gute Konjunktur gab und man sich daher mit diesen Fragen nicht wirklich beschäftigen musste.

Es gab nur einige Überlegungen auf dem Gebiet der Kommunalpolitik in Deutschland sowie in Österreich. Darauf genauer einzugehen, würde zu weit führen. Es gab auf jeden Fall die Idee, dass man bei schlechter Konjunktur das ausgeben soll, was man in guten Jahren angespart hat.

Der Erste Weltkrieg hat das alles verändert. Er war nicht nur eine kriegerische Katastrophe, sondern ein

Ereignis, das in jeder Hinsicht weiter gewirkt hat.

1. Inflation ist ein Problem, das mit dem Ersten Weltkrieg zusammenhängt, das sich dann weiter fortsetzt und enorme Weiterungen hat, weil es die Reallöhne und das Leben der Menschen sehr stark beeinflusst.
2. Österreich-Ungarn ist zerfallen und das hat eine Reihe von Krisen hervorgebracht - unter anderem auch den Niedergang Wiens als ehemaliger Hauptstadt der Donaumonarchie. Es hat das Problem der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund gerückt, das es bis 1914 kaum gab. Auf Grund der hohen Zinsen, die nach der Inflation geherrscht haben, ist die private Bautätigkeit sehr stark zurückgegangen. Die Idee, dass die öffentliche Hand da eingreifen muss, ist in dieser Zeit entstanden. Wie ihr alle wisst kam es mit Hugo Breitner zur Bautätigkeit des Roten Wien, der Wohnbausteuer, der Luxussteuer, etc.

Ich bezeichne daher den Ersten Weltkrieg als Wasserscheide in der Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Aber darüber hinaus muss man sich die Frage stellen, welche wirtschaftspolitischen Handlungsanweisungen es denn für marxistische Sozialisten zu dieser Zeit gegeben hat. Was konnte denn der Marxismus vorschlagen?

Ich muss sagen, da schaut es ziemlich finster aus. Es gab kaum Ideen, was man tun kann, außer den Sturz des Kapitalismus zu betreiben. Für eine praktische Politik ist das insgesamt ein bisschen vage.

Es gab bis 1918/19 nicht einmal Vorschläge zur Verstaatlichung und Sozialisierung. Erst in der Zeit der Weltwirtschaftskrise kam bei manchen ein neues Denken auf. Bis dahin hat man wirtschaftspolitisch von der Hand in den Mund gelebt. Es gab eigentlich nur den - bürgerlichen - italienischen Ökonomen, Enrico Barone, der sich mit der Frage beschäftigt hat, wie eine sozialistische Ökonomie überhaupt funktionieren kann. Kurz, es gab keine Ideen zur Wirtschaftspolitik: diese wurden aus Problemen der politischen Praxis entwickelt. Weil die Privaten nichts unternahmen, um die Bautätigkeit anzukurbeln, musste die öffentliche Hand einspringen. Das war natürlich eine Idee, die die sozialistische Bewegung sofort aufgegriffen hat. Man hat auf die Anforderungen der Zeit reagiert.

In den 1920er Jahren sind die Ideen nicht weiter entwickelt worden.

Es gab zwar nach dem Krieg verstreute Ideen von Otto Bauer und deutschen Ökonomen, die davon

ausgingen, dass man gegen die hohe Arbeitslosigkeit vorgehen müsse. Aber das alles wurde durch die Weltwirtschaftskrise und die falsche Reaktion der Wirtschaftspolitik durcheinander gewirbelt. Die Krise hatte eine Gewalt, die sich niemand hatte vorstellen können. Es brachen nicht nur die Exporte ein, mit der Kürzung der Staatsausgaben wurde eine Entwicklung eingeleitet, die immer weiter nach unten führte, so wie heute in Griechenland. Ein befreundeter Ökonom, der in Griechenland lebt, hat mir bestätigt, dass die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch ist und das es Berechnungen gibt, dass es Jahrzehnte dauern wird, bis diese wieder auf 10% zurückgeht. 10% ist ein Wert, der für meine Generation ein Horrorwert ist. Heute hat man sich daran gewöhnt. Das ist irgendwie zum Standard in Europa geworden.

Und genauso war es auch damals. 1929 bricht die Weltwirtschaftskrise aus und wenn man sich die Zahlen für Österreich und Deutschland anschaut: jedes Jahr steigt die Arbeitslosigkeit. Und jedes Jahr wird das Problem unlösbarer. In Deutschland wird es nach dem Sieg des Nationalsozialismus durch die Aufrüstung



gelöst. Das hat auch viele hier in Österreich beeindruckt. In Österreich passiert eigentlich nichts Wesentliches. Die Arbeitslosigkeit steigt auf mehr als 25%. So genau weiß man das nicht, weil die Zahlen ein bisschen vage sind. Aber man weiß, dass die Arbeitslosigkeit sehr hoch gewesen ist.

Nach 1929 besserte sich die Lage in Österreich auch wegen der Bankenprobleme nicht. Im Herbst 1929 brach mit der Bodencreditanstalt eine der ganz großen Banken zusammen. Es kam zu einer Notfusion mit der Creditanstalt. Dazu gibt es eine schöne Erzählung von Otto Bauer, in der er schildert, wie schwierig es war, Baron Rothschild, den Präsidenten der Creditanstalt, von der Jagd zu holen. Natürlich war keine Zeit, die Bilanzen der BCA zu prüfen. Das Ergebnis: 1931 bricht die CA-Krise aus.

Die Creditanstalt weist für das Jahr 1930 einen ziemlich hohen Verlust von 140 Millionen Schilling aus, viel zu wenig, wie man heute weiß. Der wirkliche Verlust hat damals ungefähr eine Milliarde Schilling betragen. Um das in eine Relation zu bringen - damit wir mit der Zahl etwas anfangen können - das war ungefähr 10% des Bruttonationalproduktes von 1930. Da ist das, was heute in Österreich oder in Kärnten passiert, eine Lappalie dagegen. Das war eine Katastrophe, die sich durch die falsche Reaktion der Politik weiter ausweitete: man kürzt Staatsausgaben und schaut zu, wie die Bank immer mehr in den Abgrund fährt und reagiert immer zu spät.

1932, das Jahr, in dem die Folgen der Krise der Creditanstalt massiv spürbar werden, ist ein echtes Katastrophengahr. Die Arbeitslosigkeit - vor allem die Zahl der „Ausgesteuerten“ - steigt enorm an. Zu den sozialpsychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit muss man nur die berühmte Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ lesen, die 1933 erschienen ist. Ich glaube, dass die Sozialdemokratie total unterschätzt hat, welche Auswirkungen die lange Arbeitslosigkeit auf die Psyche der Menschen hat.

Die Gewerkschaften begannen früher unruhig zu werden, weil sie die Probleme unmittelbarer gespürt haben als die Partei. Einer, der das klar artikuliert hat, war der von mir bereits erwähnte Johann Schorsch, der 1932 versucht hat, den Vorstand der SDAP zu überzeugen, dass man die politische Linie ändern muss, ehe die Arbeiter der NSDAP auf den Leim gehen. Dem Parteivorstand stand aber seine eigene marxistische Ideologie im Wege. Die besagte im Grund: du kannst nichts gegen die Arbeitslosigkeit tun, außer den Kapitalismus stürzen. Das Stürzen ist natürlich leichter gesagt, als getan. Schorsch konnte sich aber gegen seine Parteifreunde, vor allem gegen Bauer und Renner, nicht durchsetzen. Die waren sich ziemlich einig darin, dass man keine neue Politik einschlagen könne und solle. Erst im Herbst 1933 gesteht man sich ein, wie verzweifelt die Lage ist. Da gibt es eine gemeinsame Konferenz von Gewerkschaft und Partei. Ein Programm wird beschlossen: „Arbeit für Zweihunderttausend“. Das ist leichter gesagt als getan. Es ist aber zumindest eine Richtungsänderung. Eduard März hat das einmal als die „keynesianische Wende“ der Sozialdemokratie bezeichnet.

Was aber stattdessen passiert ist, wissen wir alle: Der Februar 1934. Erst in der Emigration beginnt das Nachdenken über die Katastrophe. Ich kann nur ein paar Dinge herausgreifen. Wo gab es lebendige, zukunftsweisende Diskussionen? In Schweden, in England und in den USA. Bruno Kreisky war nach Schweden emigriert, auch Josef Hindels und Gewerkschafter wie Rudolf Holowaty, Josef Bleil haben eine Rolle gespielt.

Dort gibt es ein Gruppe internationaler, demokratischer Sozialisten, die Diskussionen abhalten, um das zu verarbeiten, was passiert ist. Da war aus Deutschland Willi Brandt dabei, was bekannt ist, aber was in meinem Kontext wichtiger ist, Fritz Tarnow, ein Gewerkschafter, der am WTB Plan (Woytinsky, Tarnow, Baade) der deutschen Gewerkschafter mitgearbeitet hat. Er hat sehr klare Vorstellungen, was man tun muss, um mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden. Im Laufe der Zeit werden sehr wichtige Konferenzen in Schweden abgehalten. Es gibt ein Dokument aus dem Jahre 1943, das ich nun vorlese: „Internationale Planung, umfassende Kontrolle über die Wirtschaft, um Krisen zu vermeiden“. Die Eigentumsfrage wird als nicht entscheidend angesehen, sondern eher die Regulierung der Produktion.

In Schweden wird etwas diskutiert, was in Österreich unmöglich ist. Unter den Bedingungen der Illegalität und im Angesicht des Entstehens eines österreichischen Faschismus, stehen politische Fragen viel mehr im Vordergrund. Unter den Bedingungen, die in Österreich geherrscht haben, stand die Idee, dass der Reformismus Schuld an der Niederlage der Arbeiterbewegung ist. Das war die unmittelbare Schlussfolgerung. Die Revolutionären Sozialisten (RS) beschäftigten sich mit ganz anderen Fragen als mit der Wirtschaft. Ich zitiere aus einer der illegalen Publikationen: „Die Wirkung der Weltkrise aufzuheben, wird erst dann gelingen, wenn die kapitalistische Wirtschaftsform aufgehoben sein wird.“

Das war natürlich ein schöner Programmpunkt, aber für die Praxis ist er nicht sehr hilfreich gewesen. Eine wirtschaftspolitische Wende kam in Österreich selbst nicht zustande. Sie zu vollziehen, blieb der Emigration vorbehalten. Auch das war nicht einfach, wie man an Otto Bauers Buch „Zwischen zwei Weltkriegen?“ ersehen kann: Das Buch ist sehr revolutionär im Gestus, aber es hat keine ökonomisch wirksamen Vorschläge zu bieten. Im Buch von Otto Bauer auf 155 Seiten, kommt das Wort Arbeitsbeschaffung nur einmal vor - in Anführungszeichen gesetzt und als Hinweis auf die Aufrüstung in Deutschland. Der New Deal wird nicht erwähnt, Schweden wird nicht erwähnt. In Schweden gab es eine sozialdemokratische Regierung, die Arbeitsbeschaffungsprogramme in die Tat umgesetzt hat. Das Revolutionäre steht im Vordergrund und man kehrt zurück zu den Ideen des revolutionären Marxismus. Es ist viel die Rede von den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, die man nicht ändern kann, und von anderen Dingen, die ich da nicht zur Sprache bringen kann, weil sie zu weit führen würden. Was Otto Bauer im Kern sagt, in der Weltwirtschaftskrise setzen sich, wie er es nennt, die unumstößlichen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus wieder durch, die Preise fallen, die Arbeitslosigkeit steigt. Und nur auf diese Weise kann das natürliche

Austauschverhältnis „zwischen Ware und Geld wieder hergestellt werden“.

Er geht also davon aus, dass das, was in den dreißiger Jahren passiert, unvermeidlich ist. Das Zweite, was Bauer aufgreift ist das Konzept der „Langen Wellen“ der Konjunktur, das er schon seit Jahren im Kopf hat. Diesem Konzept zufolge muss, „in the long run“ sozusagen, eine grundlegende Erneuerung des technischen Produktionsapparates stattfinden. Die Krise, sagt er, kann nicht überwunden werden durch Vermehrung der Zahlungsmittel, durch Inflationierung und Senkung des Zinsfußes, sondern sie kann nur überwunden werden durch eine technische Offensive. Dann sagt er wörtlich: „Es sind nicht die Politiker, sondern die Ingenieure, die einen Weg aus der Krise weisen werden.“ Für die Zukunft des Kapitalismus sieht er schwarz, weil er ganz klar schon sieht, dass der Zweite Weltkrieg herannaht. Und der einzige Ausweg für den Kapitalismus, sagt er, ist der Krieg, dem müsse man durch eine Revolution zuvorkommen. Das ist leichter gesagt als getan.

Aber es gibt nicht nur dieses Buch von Otto Bauer, sondern auch eines, das ein anderer Sozialist zu dieser Zeit geschrieben hat: Adolf Sturmthals „Die große Krise“ (1937). Sturmthal war der Sekretär von Friedrich Adler bei der Internationalen in Zürich. Dadurch hatte er einen größeren Horizont beim Nachdenken über diese Probleme, weil er nicht mehr so stark – ich sage das ungern – unter dem Einfluss des Marxismus steht, sondern sich anderen Ideen zugewendet hat, die man mit Arbeitsbeschaffung im weitesten Sinne assoziieren kann. Zum Unterschied von Otto Bauer, der Arbeitsbeschaffung unter Anführungszeichen setzt, nimmt Sturmthal das Wort Arbeitsbeschaffung ernst. Er unterscheidet sogar zwischen „falscher“ „Arbeitsbeschaffung durch Aufrüstung und „echter“ Arbeitsbeschaffung durch friedliche Projekte, die man in Gang setzen müsse.

Er hat sich die Probleme, die sich in Europa aufgetürmt haben, genauer angeschaut. Er konstatiert – das ist jetzt wirklich interessant – im Nachhinein mit Bedauern, dass die mitteleuropäische Sozialdemokratie in der Weltwirtschaftskrise aus politischen Gründen – wie er diplomatisch sagt und er meint damit den Marxismus der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung – nicht in der Lage gewesen sei, Alternativen anzubieten, welche „die unmittelbaren Interessen der Arbeiter befriedigen hätten können“. Das ist genau das, was Johann Schorsch ein paar Jahre vorher im Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie gesagt hat und was er dann auch in einem Brief an die Sozialistische Internationale schreibt, es fehlt eine politische Einstellung zur Krisenlösung. Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter sollen nicht nur Zuschauer in der wirtschaftspolitischen Arena sein, sondern eingreifen.

Das ist ein völlig neuer Ansatz, kein wirtschaftspolitisches Herumflücken mehr, kein kleines Erhöhen der Ausgaben da oder dort. Sturmthal hat ein neues wirtschaftspolitisches Konzept, das sagt, was man in einer Krise zur Gegensteuerung tun kann und soll.

Und er schreibt neben diesem ersten Buch, das in Zürich erschienen ist, noch ein zweites Buch in Amerika „The tragedy of European labour“. Das ist noch tiefgehender und radikaler im Ansatz. Und in diesen zwei Büchern, die in der Emigrationszeit entstehen, stellt er die Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt. Das ist ein Begriff, der erst im Lauf des Zweiten Weltkrieges und nach dem Krieg ins Zentrum gerückt wird.

Sturmthal ist nun in Amerika und entfaltet eine reiche Publikationstätigkeit. Er polemisiert gegen Hugo Breitner, der nach wie vor eine wichtige Rolle spielt und das ausgeglichene Budget noch immer als Ideal hochhält. Leute wie Sturmthal und Otto Leichter gehen von sozialer Sicherheit aus, dem Wunsch nach Ausschaltung der Konjunkturschwankungen und der von diesen Konjunkturschwankungen ausgelösten wirtschaftlichen Unsicherheiten. Das ist ein völlig neuer Ansatz. Sturmthal denkt noch weiter, da es politische Grenzen der Vollbeschäftigungspolitik gibt, die eigentlich nur gegen den Willen des Bürgertums durchzusetzen sind. Das erinnert mich an den polnischen Ökonomen Michael Kalecky, den ich immer hoch geschätzt habe. Kalecky war ein Keynesianer mit marxistischer Schlagseite (oder umgekehrt), der in den 1940er-Jahren das Problem der Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt rückte.

Das, was Sturmthal sagt und Otto Leichter mitgetragen und mitunterstützt hat, ist tatsächlich ein ganz neues Konzept, das sich mit Elementen der alten Denkweise verbindet. Verstaatlichung ist nach wie vor ein zentraler Begriff, der eine Rolle spielt, aber nicht Verstaatlichung als Wert an sich, sondern als integraler Bestandteil und als letztes Ziel einer Vollbeschäftigungspolitik.

Es gibt ein sehr interessantes Dokument der sozialistischen Emigration, das ich am Schluss erwähnen möchte. Es heißt „Österreichs Wirtschaftsprobleme nach Hitlers Sturz“. Im Mittelpunkt des Pamphlets steht eine ganz neue Idee: Dass man die Erfahrungen berücksichtigen muss, die in den 1930er Jahren in den USA und Schweden gemacht worden sind: Gemischte Wirtschaft und Wirtschaftsplanung, keine Angst vor der Inflation. Inflation ist besser als Arbeitslosigkeit – das sind die Grundgedanken. Wenn Sie überlegen, was Kreisky in den 1970er Jahren gesagt hat, dann schließt das ziemlich unmittelbar an diese Vorstellungen an, die damals schon diskutiert worden sind. Sturmthal ist in den USA geblieben. Karl Aussch, der in England im Exil war, ist zurückgekommen und war dann im Generalrat der Österreichischen Nationalbank. Er hat großen Einfluss auf die Ideen der Sozialdemokraten

gehabt. Aber bis sich diese Ideen durchgesetzt haben gegenüber den doch etwas knöchernen Ideen von Leuten wie Waldbrunner - das hat gedauert. Es wird zuerst von den Gewerkschaften im Jahr 1958 in einer größeren Broschüre aufgegriffen, wo man zum ersten Mal in Österreich über Vollbeschäftigung diskutiert. Und das ist der Beginn einer Wende, die dann später in den 1960er Jahren auch Eingang in die obersten Gremien der SPÖ findet. Und was dann in einer etwas anderen Form in der Kreisky Zeit gebracht wird, knüpft an diese Ideen an. Es spielt eine Rolle bei der Formulierung der Wirtschaftspolitik der SPÖ und seitdem ist dieser Begriff der Vollbeschäftigung fast immer – das sage ich bewusst – im Zentrum des wirtschaftspolitischen Denkens der SPÖ gestanden. Die große Ausnahme für mich sind die 1990er Jahre. Da ist es mir nie gelungen, einen sozialdemokratischen Ansatz in den wirtschaftspolitischen Ideen zu finden.

Was stattfand, war - auf den banalen Kern reduziert - die Übernahme neoliberaler Konzepte. Man hat in den 1990er-Jahren einfach darauf verzichtet, eigene wirtschaftspolitische Vorstellungen zu entwickeln. Diese Selbständigkeit im Denken ist etwas, was hoffentlich wiederkommen wird.

Die Weltwirtschaftskrise ist der Ausgangspunkt von neuen Überlegungen, die sich im Laufe der Zeit aber erst langsam durchsetzen. Diese Überlegungen stehen unter dem Einfluss dessen, was man in Schweden, in England und in Amerika in den 1930er Jahren erlebt und mitkonzipiert hat. Das ist eine Idee, die langsam aber sicher um sich greift. Wir leben heute in einer Zeit, die überhaupt nicht vergleichbar mit den 1930er Jahren ist – aber ich denke, dass in den USA zumindest Stimmen unter Ökonomen laut geworden sind, die alternative Konzepte in der neuen Wirtschaftskrise eingelöst sehen wollen. Ich denke, das ist ein Punkt, wo man in der heutigen Diskussion ansetzen kann und wo man auch alternative Formen von Wirtschaftspolitik entwickeln und sehen kann.

DISKUSSION UND FRAGEN

Frage:

Die Sozialdemokratie hat in den 1930er Jahren kein Konzept gehabt, Reformen durchzuführen. Und hat auf den Umsturz gewartet?

Fritz Weber:

Ich sehe das auch so. Was man gesagt hat war: „Leute stürzt den Kapitalismus“. In der Situation, wo die Leute schon jahrelang arbeitslos sind, gibt es wenig Impetus, das in die Tat umzusetzen. Das war das große Problem in Deutschland und Österreich. Es fehlte in der Wirtschaftspolitik der Gegenentwurf. Die Nationalsozialisten haben das durchaus begriffen. Und sie haben dabei sogar von jüdischen Ökonomen

abgeschrieben. Die Sozialdemokratie aber hat das Nachsehen gehabt, weil sie nichts unternommen hat, außer zu sagen: Stürzt den Kapitalismus!

Frage:

Es wird bereits über den Postkapitalismus gesprochen. Nach diesen Krisensituationen löst sich der Kapitalismus auf. Und die Chancen auf neue Konzepte sind sehr groß.



Fritz Weber:

Ich würde die Hoffnung, dass sich der Kapitalismus auflöst, als eitel bezeichnen. Er ist ziemlich lebendig. Er hat sich einfach gewandelt. Es gibt auch im Bankwesen völlig neue Entwicklungen. In den 1930er Jahren sind die Banken in den Abgrund mitgerissen worden, weil die Industrie eine Krise erlebt hat. Heute ist es umgekehrt. Heute reißt die Spekulationspolitik der Banken die ganze Ökonomie in den Abgrund oder ist in Gefahr, in den Abgrund gerissen zu werden. Anzeichen dafür, dass der Kapitalismus verschwunden ist, sehe ich eigentlich nicht. Im Gegenteil. Er ist so lebendig wie immer. Er nimmt einfach nur neue Formen an. Das ist der große Unterschied für mich.

Frage:

Gerne würde ich über Otto Bauer sprechen. Der Kapitalismus in den 1930er und 1940er Jahren ist nicht aus der Krise gekommen, weil die Keynesianischen Rezepte umgesetzt worden sind, sondern weil der Zweite Weltkrieg die Bedingungen für einen Neubeginn geschaffen hat. Die Thesen, die Sie von Otto Bauer vorgetragen haben, wenn man die Krisen der letzten acht Jahren anschaut, zeigt die Unwirksamkeit von jeglichen Keynesianischen Konzepten. Man hat einen Zusammenbruch wie in den 1920er Jahren verhindern können, aber man ist meilenweit, Lichtjahre davon entfernt, dass man aus dieser Krise mit den gesamten wirtschaftspolitischen, staatlichen Maßnahmen rauskommt.

Fritz Weber:

Das Problem ist, dass man in der Wirtschaftspolitik immer versucht, jeweils aktuelle Krisen mit den Konzepten der Vergangenheit zu lösen. Das wirkt nur sehr bedingt. Otto Bauer hat in den 1930er Jahren gedacht, es bricht eine große Stagnation aus, wenn nicht ein neuer Weltkrieg neue Möglichkeiten für den Kapitalismus schafft. Das ist ganz offensichtlich geschehen. Man muss aber auch zugeben, dass sich der Kapitalismus gewandelt hat. Der Begriff der Vollbeschäftigung war ein Schlüsselbegriff der 1950er und 1960er Jahre. Insoweit hat dann das Konzept des Keynesianismus eine gewisse Zeit lang doch funktioniert. Und man hat gesehen, dass man die Börse nicht braucht, um Investitionen in Gang zu bringen. Das hat man inzwischen wieder vergessen.

Man kann mit verschiedenartigen Eingriffen steuernd intervenieren. Man kann mit Eingriffen, mit indikativer Planung, mit finanziellen Mitteln neue Möglichkeiten schaffen. Man kann den Kapitalismus reformieren, wenn er schwach ist. Man kann ihn aber nicht reformieren, wenn er wieder erstarkt ist. Im Augenblick sind wir in einem Zwischenstadium. Dass uns die Deutsche Bank einmal alle das Fürchten lehrt, hätten wir uns nicht gedacht. Die Deutsche Bank ist am Abgrund. Auch für Italien bin ich nicht optimistisch. Wenn wir die politischen Rahmenbedingungen in Europa sehen, haben wir uns die Lage nicht in unseren schlimmsten Träumen ausgemalt. Es gibt eine Reihe von Ökonomen, die an Konzepten arbeiten. Ein Konzept, das allumfassend wäre, gibt es aber bis jetzt noch nicht.

Alfred Pfabigan:

Das habe ich schon März gefragt und jetzt muss ich einen März Schüler fragen. Alle diese Konzepte, die du referierst, in der Konfrontation mit der Sozialen Marktwirtschaft, mit dem „Wohlstand für Alle“ von Erhard. Leute glauben, die soziale Marktwirtschaft sei sein Hauptwerk: „Wohlstand für Alle“ enthält 80 Seiten über die Idee der Vollbeschäftigung als der zentralen wirtschaftspolitischen Agenda. Das Interessante für mich an dem offenkundigen Austausch ist, das er nicht angesprochen wurde. Das er sich aber in der Form von großen Koalitionen oder von kleinen Koalitionen in Deutschland wie Rot-Gelb, Schwarz-Gelb auch ausgewirkt hat.

Fritz Weber:

Ja, mit Sicherheit. Ich glaube auch, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft konnte eigentlich nur entstehen, weil es im Hintergrund den Keynesianismus gab. Und weil die Soziale Marktwirtschaft entgegen ihren ursprünglichen Ideen etwas in die Diskussion geworfen hat, was gar nicht vorgesehen war. Die Vollbeschäftigung ist eine Konzession an die Arbeiterbewegung dieser Zeit gewesen.

Ich habe einmal einen Studenten betreut, der genau über diese Dinge gearbeitet hat. Wie Erhard das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt hat, hat - etwas pathetisch gesprochen - mit den Klassenkämpfen in Deutschland zu dieser Zeit zu tun. Sonst hätte es diese Idee in dieser Form nicht gegeben. Sie hat auch eine Zeit lang sehr gut funktioniert. Seit den 1990er Jahren ist von Sozialer Marktwirtschaft nicht mehr viel zu bemerken, wenn man sich anschaut, wie sich die Einkommensverteilung verändert hat, wenn man sich anschaut, wie hoch die Arbeitslosigkeit ist und so weiter.

Die Entdeckung der Vollbeschäftigung durch Ludwig Erhard war eine Konzession an den Keynesianismus. Und sie hat - pathetisch gesprochen - etwas mit den Klassenkämpfen dieser Zeit zu tun. Die Idee der Vollbeschäftigung stand ursprünglich gar nicht im Vordergrund.

Die Entdeckung der Vollbeschäftigungs-Politik durch das sozialistische Exil nach 1934 - Aufsatz von Derek Weber

Im Rückblick scheint der Weg, den die österreichische Arbeiterbewegung in den letzten 150 Jahren durchgemacht hat, mit einer gewissen inneren Logik begabt. Die SPÖ (und mit ihr die sozialdemokratisch verfassten Gewerkschaften) hatten sich schon vor dem Ersten Weltkrieg zu Reforminstitutionen entwickelt, die die Existenzberechtigung des Kapitalismus nicht mehr in Frage stellten, sondern nur noch seine bessere und - wenn man so will: gerechtere und auf Vollbeschäftigung zielende - Verwaltung anstrebten. Insofern hatte die ironische Bemerkung des immer etwas undogmatischen kommunistischen Ökonomen Theodor Prager aus dem Jahr 1953 ihren Wahrheitsgehalt: Der Sozialistischen Partei, meinte er, habe „seit der Weltwirtschaftskrise der Dreißiger Jahre selbst der Schein jeder einigermaßen geschlossenen Theorie“ gefehlt und sie habe in ihrer wirtschaftspolitischen Argumentation „von der Hand in den Mund“ leben müssen. Mit der „etwas verspäteten Entdeckung“ von John Maynard Keynes' durch die Sozialisten habe im Nachhinein eine theoretische Begründung erfahren, „was seit 1945 gewissermaßen die instinktive Wirtschaftspolitik“ der SPÖ gebildet habe.

Prager vereinfachte, aber er traf den Kern der Sache. Der Transformationsprozeß der SPÖ und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs begonnen. Er manifestierte sich in dem, was man als das Sich-Durchsetzen reformistischer Ideen bezeichnet hat.

Die neue und im pragmatischen Sinn „realitätskonformere“ Politik, die vom Reformismus angestrebt wurde, fand ihre konsequente und ultimative Ausformung in Mitteleuropa allerdings erst - und darin hatte Theodor Prager recht - nach 1945. Diese Veränderung war verbunden mit der Einsicht in die Notwendigkeit der Formulierung konkreter, durchsetzbarer wirtschaftspolitischer Ziele. Der Zwang dazu ergab sich zuerst in den Jahren zwischen 1918 und 1938, als die neue österreichische Republik von einer permanenten Wachstumsschwäche und hohen Arbeitslosenzahlen geplagt wurde. Was die Formulierung wirtschaftspolitischer Ziele betrifft, erweist sich insbesondere die Weltwirtschaftskrise als historische Wasserscheide. Die Frage der Arbeitsbeschaffung oder Beschäftigungspolitik entzweite die aus der Gewerkschaftsbewegung kommenden Reformökonomien (wie Fritz Tarnow und Wladimir Woytinsky im Deutschen Reich) und die orthodoxen sozialistischen Marxisten (wie Rudolf Hilferding und Otto Bauer). Mochten Hilferding und Bauer auch eine unmittelbare revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht anstreben, so waren sie doch soweit marxistisch geschult, um meinen zu können, dass man der Krise des Kapitalismus mit dem Mittel einer - wie sie dachten: „inflationären“ und „künstlichen“ Wiederbelebung durch Kreditschöpfung für öffentliche Arbeiten nicht beikommen könne.

Bei dieser Auseinandersetzung ging es nicht mehr nur um die Alternative „reformistisch“ oder „revolutionär“, sondern vielmehr um die noch ältere Frage, die schon David Ricardo und Robert Malthus entzweit hatte: Ob der Staat in Zeiten einer Wirtschaftskrise beschäftigungspolitische Gegenmaßnahmen setzen solle und könne, oder ob auf lange Sicht die Krise durch systemimmanente Stabilisatoren von selbst überwunden und Vollbeschäftigung wieder hergestellt werden könne.

Den Sieg trugen - historisch gesehen - jene davon, die sich unter der Losung der „vollen Beschäftigung“ zusammenfanden. Dieser Begriff und der Gedanke der Konjunkturpolitik tauchten - angestoßen von den Erfahrungen des schwedischen Experiments der Dreißiger Jahre und den theoretischen Einsichten des englischen Ökonomen John Maynard Keynes - zum ersten Mal in den Schriften des österreichischen sozialdemokratischen Exils vor und im Zweiten Weltkrieg auf. Die Radikalität der Alternative, die hier zur Disposition stand, hat wohl kaum ein anderer so früh und so offen zur Sprache gebracht wie der Gewerkschafter Johann Schorsch, der zu Anfang der Dreißiger Jahre in engem Kontakt zum im Deutschen Reich lebenden Gewerkschaftsökonom Wladimir Woytinsky stand: Er warf bereits kurz nach dem 12. Februar 1934 der Führung der Sozialdemokratie das Fehlen einer „positiven Einstellung zur Krisenlösung“

vor und beklagte, dass die Partei bis zum Schluss an der „privatkapitalistischen Formel von Angebot und Nachfrage“ festgehalten habe. Und er warf - als Lehre aus dem Sieg des Faschismus - die Frage auf, ob die Arbeiterbewegung „in der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft dauernd nur als Zuschauer fungieren“ könne.

Mit anderen Worten: Er kritisierte die Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, zwar gegen den Kapitalismus zu polemisieren und am Fernziel einer sozialistischen Planwirtschaft festzuhalten, aber keine praktischen Vorschläge zur Lösung der aktuellen Wirtschafts- und Beschäftigungsprobleme präsentieren zu können. Zur Fortsetzung dieser Debatte war unter den Bedingungen der Illegalität in Österreich nach 1934 kein Platz. Erst im Exil setzte nach 1938 die Diskussion über Fragen der Wirtschaftspolitik wieder ein, und auf lange Sicht war es die von Johann Schorsch vertretene Tendenz, die nach 1945 den endgültigen Sieg über die Anhänger einer planwirtschaftlichen Umformung des Kapitalismus davontrug, auch wenn im Bereich des Programmatischen die Losungen von Planwirtschaft und Verstaatlichung noch eine Zeit lang das wirtschaftspolitische Feld beherrschten.

Erst im Parteiprogramm der SPÖ von 1958 hieß es: „Sozialistische Wirtschaft setzt langfristige Planung voraus. (...) Solange die Konjunkturschwankungen nicht durch eine sozialistische Planung aufgehoben werden, wird die Vollbeschäftigung durch antizyklische Maßnahmen vor allem auf dem Gebiet der Finanz-, Währungs-, und Investitionspolitik gesichert werden müssen.“ Das Umdenken setzte in den 1930er-Jahren zuerst bei den Gewerkschaften ein, die den Druck von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit unmittelbar zu spüren bekamen, während die vom Marxismus geprägten sozialdemokratischen Ökonomen wie Rudolf Hilferding in Deutschland und Otto Bauer in Österreich die inflationistischen Gefahren einer staatlichen Konjunkturbelebung in den Mittelpunkt ihrer Argumentation stellten. Bauer vertrat die Ansicht, „daß der kapitalistische Staat überhaupt nicht fähig ist, den Geschäftsgang zu regulieren“. Erst im Herbst 1933 – als das Parlament von der Dollfuß-Regierung bereits auseinandergejagt worden war - wurde auf einer gemeinsamen Konferenz von Partei und Gewerkschaften ein Arbeitsbeschaffungs-Programm („Arbeit für 200.000“) beschlossen. Doch kehrte Otto Bauer unter dem Eindruck der faschistischen Machtübernahme bald wieder zu seinen ursprünglichen Ansichten zurück. In seiner berühmten Studie „Zwischen zwei Weltkriegen?“- erschienen 1936 im tschechoslowakischen Exil - ist viel von den unabänderlichen Gesetzen des Kapitalismus die Rede, das Wort Arbeitsbeschaffung kommt auf den 355 Seiten des Buches nur ein einziges Mal vor, in Anführungszeichen gesetzt und als Begleiterscheinung der deutschen Aufrüstung interpretiert.

Es gibt aber aus dieser Zeit auch ein anderes Dokument aus dem sozialdemokratischen Exil: In Adolf Sturmthals 1937 in der Schweiz erschienenem Buch „Die große Krise“ wurde die unorthodoxe Konjunkturpolitik in Schweden (zum Unterschied von der Aufrüstung des Dritten Reichs) als „echte“ Arbeitsbeschaffung bezeichnet. Es ist daher kein Wunder, dass solche Ideen bei den nach Schweden Geflüchteten auf besonders fruchtbaren Boden fielen, wo in Gestalt der „Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten“ ein Forum geschaffen worden war, in dem Sozialisten wie Bruno Kreisky und Willy Brandt und Gewerkschafter wie Fritz Tarnow mit ihren schwedischen Gesinnungsfreunden zusammentrafen.

Sturmthal hatte als Sekretär von Friedrich Adler bei der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in der Schweiz seit 1926 Gelegenheit gehabt, seinen politischen Horizont auszuweiten. Nach 1934 wurde er, da er sich weiter politisch betätigte, von den Schweizer Behörden verfolgt und 1936 ausgewiesen. Danach emigrierte er über Belgien in die USA. Während die illegalen Gewerkschafter in Österreich kaum Zeit fanden, über die Frage der Arbeitsbeschaffung zu diskutieren, entwickelte sich Sturmthal zum Propagandisten einer Neuorientierung der sozialistischen Politik im Sinne einer Vollbeschäftigung-Politik. Die 1936 niedergelegten Gedanken vertiefte er 1942 in „The Tragedy of European Labour“.

Zu dieser Zeit lebte er bereits - als Mitglied der sozialistischen österreichischen Exilgemeinschaft - in den USA. Dort hatte Hugo Breitner Ende 1942 die wirtschaftspolitische Diskussion über die Zeit nach dem Ende des Nationalsozialismus angestoßen. Der entscheidende Begriff dabei war jener der „Vollbeschäftigung“. Die wichtigsten Diskussionsbeiträge stammten von Otto Leichter und Adolf Sturmthal. Sie gipfelten in den Worten: „Das einzige Prinzip, das der kommenden österreichischen Wirtschaftspolitik (...) vorschweben soll, ist dieses: dass Österreich zu arm ist, um sich den Luxus langer Massenarbeitslosigkeit leisten zu können.“

Heute ist Österreich zwar - absolut gesehen - kein „armes“ Land mehr, aber wenn aus der Erfahrung der letzten Jahre eine Lehre gezogen werden kann, dann ist es wohl die, dass eine favorable wirtschaftliche Position rasch verspielt ist, wenn die Wirtschaftspolitik nicht wachsam bleibt und rasch auf neue Herausforderungen reagiert.

„Projekt Sozialdemokratie – Überholt? Gescheitert? Zukunftsweisend?“

Univ. Doz. Dr. Thomas Nowotny (Diplomat und Außenpolitiker)

Ich passe genau hinein in die Frage. „Hat sich etwas Grundsätzliches verändert oder ist es mangelnde Courage, die traditionellen Werkzeuge der Sozialdemokratie einzusetzen?“

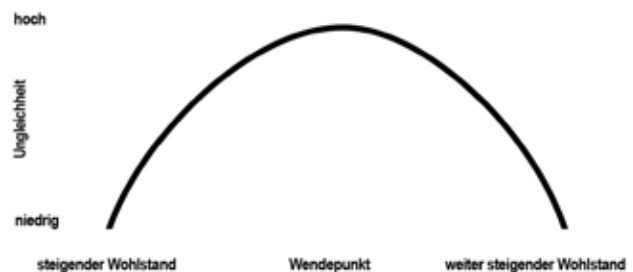
Ich möchte vorerst einige persönliche Bemerkungen zu Richard Berczeller, dem Vater von Peter Berczeller machen. Ich war zweimal in New York auf meinem ersten Auslandsposten und dann als Generalkonsul. Ich hatte eine etwas schwierige Beziehung zu meinem Vater und Richard Berczeller war so etwas wie ein Vaterersatz, ein väterlicher Freund. Ich verdanke ihm viele gute Ratschläge. Ich führe hier zwei davon an: Erstens: Schreibe nie ein Buch, bevor du nicht einen Vorschuss vom Verlag bekommen hast. Zweitens: Für die Sozialdemokratie, für den Sozialismus kann man leben - Pathos eines revolutionären Sozialisten - für die Sozialdemokratie muss man auch sterben können, aber nie kann man von der Sozialdemokratie leben.



Um ihn, sein inneres Feuer zu charakterisieren, eine kleine Schmockes: Als ich Generalkonsul in New York war, kamen bei der UNO-Generalversammlung auch österreichische Abgeordnete nach New York. Da gab es zwei sozialdemokratische Abgeordnete, die ich zum Abendessen eingeladen hatte und auch der Chef der American Friends of Austrian Labour, Richard Berczeller war Gast. Ein weiterer Gast war ein Botschafter, ein Genosse aus Chile von der Regierung Pinochet, die den Sozialisten Allende umgebracht hat. Es hat sich eine Diskussion über die Lage in Chile entwickelt. Der Botschafter hat gemeint, ihr seht das alles zu schlecht. Man muss verstehen, die Regierung von Allende war problematisch und Pinochet musste letztendlich eingreifen. Und es ist alles nicht so furchtbar schlecht. Richard Berczeller ist immer grimmiger geworden. Dann hat er über den Tisch hinüber gesagt: Genosse Botschafter, das ist dein Feind, der will dich umbringen. Und du musst ihn töten wollen.

Es geht hier nicht um das Töten, sondern um die Seele der Sozialdemokratie. Wer ist der Feind? Was will die Sozialdemokratie?

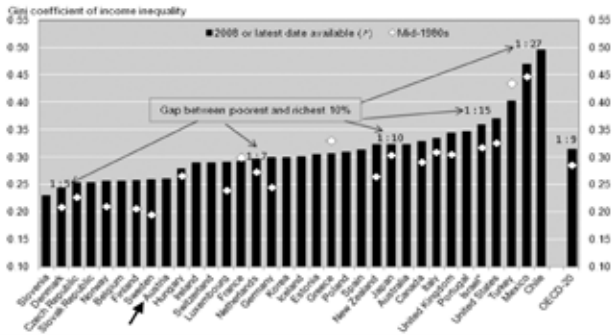
An Hand der Kuznets Kurve – Kuznets war ein Ökonom und einer der Väter der Volkswirtschaftsrechnung - wird die Geschichte der Sozialdemokratie durchlaufen von Karl Marx bis zur Ära Vranitzky. Kuznets hat in seiner Kurve die Entwicklung der Ungleichheit abgebildet. In den agrarischen Gesellschaften ist die Ungleichheit noch relativ gering. Die einigen Superreichen fallen statistisch nicht ins Gewicht. Im Lauf der Industrialisierung steigert sich die Ungleichheit. Das ist die Zeit, wo Karl Marx von der Verelendung der Arbeiterklasse spricht. Dann kommen Bernstein und Kautsky und die Arbeiter profitieren von der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie nehmen Teil am steigenden Wohlstand. Letztendlich landen wir in den 1980er Jahren beim steigenden Wohlstand und in einer gleicheren Gesellschaft. Das ist der Dritte Weg und alles ist in Ordnung. Wir können uns alle beschenken und die Ärmsten etwas besser stellen. Die Wirtschaft unterstützen wir mit dem schon sehr klein geschriebenen Keynesianismus. Wir schaffen Chancengleichheit, sodass aus Tellerwäschern Millionäre werden können.



Der Optimismus, welcher die Sozialdemokratie zur Anpassung an Bestehendes veranlasst hatte („Dritter Weg“ oder „Neue Mitte“), war verfrüht.

- **Die Annahme, dass sich in den wohlhabenderen Staaten die Einkommen zunehmend angleichen (Kuznets- Kurve)**
- **Entgegen dieser Annahme steigen aber in den reicheren Staaten die Einkommensunterschiede seit etwa 30 Jahren**

Was ist aber seit den 1980er Jahren passiert? Die Balken zeigen den Gini-Koeffizienten (Maßstab für Einkommensungleichheit) für 2008 und die weißen Quadrate die Situation in den 1980er Jahren. Durchgehend zeigt sich in den kurzem Zeitraum, dass sich die Ungleichheit dramatisch erhöht hat.



Was sind die Ursachen? Viele meinen - wie auch Trump, Attac, FPÖ, Umweltschützer: „Hauptsächlich ist die Globalisierung daran Schuld“. Das spielt in der Tat eine gewisse Rolle. Man importiert Waren aus China und so gehen Arbeitsplätze im Inland verloren. Das erklärt aber nur einen relativ kleinen Teil. Einen weit wichtigeren Anteil daran haben die Folgen des technischen Wandels. Der technische Wandel spaltet den Arbeitsmarkt in sehr schlecht entlohnte Jobs auf der einen Seite und sehr gut bezahlte auf der anderen Seite. Noch stärker ist die Ungleichheit des Vermögens.

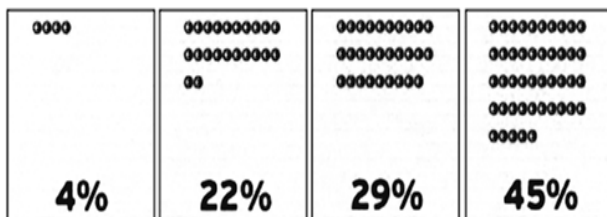
Ursachen steigender Ungleichheit

- A) Die bei weitem gewichtigste Ursache steigender Ungleichheit ist der technische Wandel und die damit einhergehenden Veränderungen am Arbeitsmarkt (welche auch die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer schwächen)
- B) Eine Beitrag zur wachsenden Ungleichheit leistet die Globalisierung: arbeitsintensiv hergestellte Waren werden importiert; arbeitsintensive Produktion wird durch FDI (Foreign Direct Investment) ins Ausland verlagert.
- C) Verstärkt wird die Ungleichheit der Einkommen auch durch den wachsenden Umfang der Einkommen aus Besitz und Vermögen

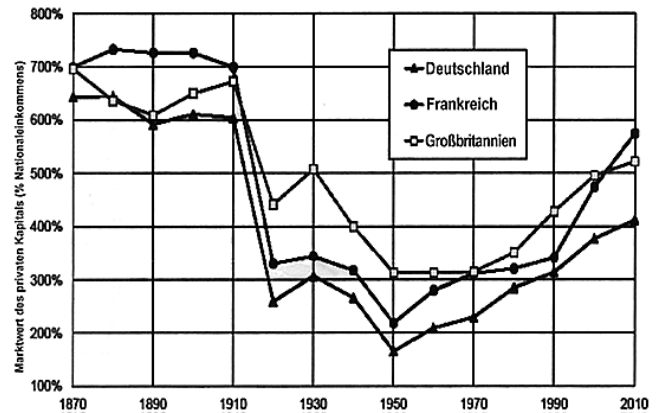
Die Vermögensverteilung in Österreich ist die ungleichste unter allen EU Staaten. Die Ärmsten 50% der Bevölkerung haben nur 4% aller Vermögenswerte. Die obersten 5% haben 45%. Und wenn wir auf 1% runtergehen, ist es noch dramatischer.



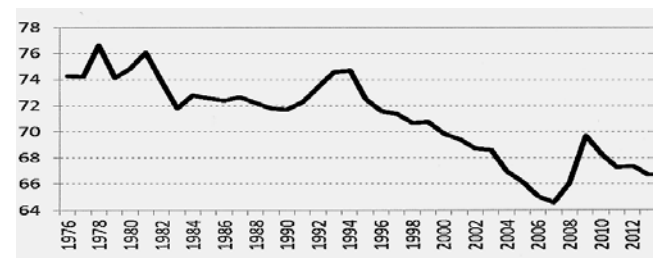
ANTEIL AM BRUTTOVERMÖGEN



Das in europäischen Staaten angehäuften Vermögen übersteigt nun wieder das jährlich produzierte Bruttonationalprodukt um das Vielfache.



Der Anteil der Arbeitnehmer am Nationalprodukt schrumpft. Die „bereinigte österreichische Lohnquote“ sieht folgendermaßen aus:



Es ist aber nicht nur die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen wichtig. Es ist auch wichtig, wie produziert wird. In den Fabriken sind immer weniger Arbeiter. Wer hat sich das schon einmal in der Autofabrik in Aspern angeschaut? Es sind fast keine Leute dort. Es gibt in den großen Unternehmen immer weniger Arbeiter. Der Anteil der Lohnquote in Österreich sinkt.

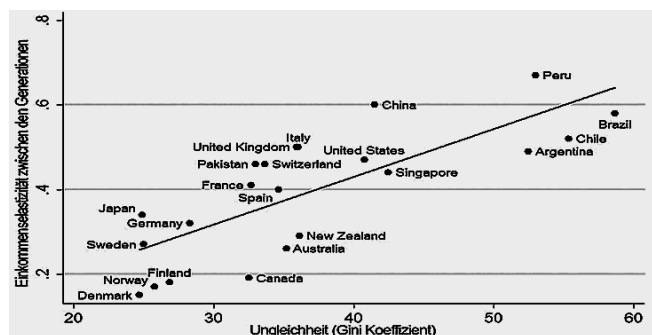
Ungleichheit ist das Krebsübel der Gesellschaft. Was wäre in einer wirklichen Notsituation, wo die Menschen aufeinander angewiesen sind? Wo es Lebensmittelmarken gibt? Ich zahle das Dreifache, um die doppelte Ration an Lebensmittelmarken zu bekommen. Das hätte zu einem Volksaufstand geführt. Aber völlig selbstverständlich ist es heute, sich ein längeres Leben zu kaufen und eine bessere Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Das wird hingenommen. Ungleichheit ist im wortwörtlichen Sinne pathogen. Bei Ungleichheit gibt es mehr chronische Krankheiten. In ungleichen Gesellschaften gibt es eine höhere Rate von Kriminalität. In ungleichen Gesellschaften gibt es mehr an Korruption. Auch die österreichischen Konservativen sind besessen, unter dem Deckmantel „Leistung muss sich wieder lohnen“ Ungleichheit zu akzeptieren.

Wenn die oberen gut verdienen, dann tröpfelt für die Unteren genügend durch. Das ist ein Mumpitz. Je ungleicher die Gesellschaft, desto geringer ist die wirtschaftliche Dynamik. Das ist genau das Gegenteil von dem, was die Konservativen behaupten.

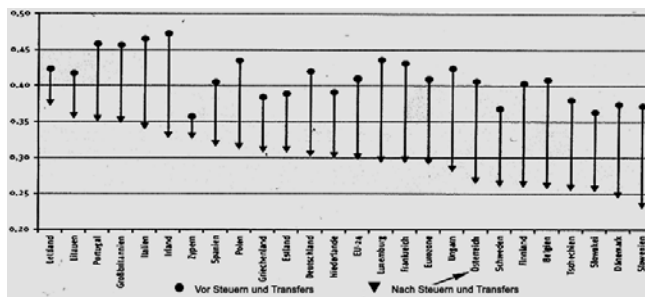
Ungleichheit zersetzt die Gesellschaft

- Sie fördert **Gewalt**: höhere Kriminalität
- Sie zerstört **gesellschaftliches Grundvertrauen** und unterhöhlt den Rechtsstaat: Mehr Ungleichheit = mehr Korruption
- Sie ist **pathogen**: mehr Krankheiten, ungesünderes Leben
- Entgegen den Behauptungen Konservativer („trickle – down“) schafft Ungleichheit nicht größere wirtschaftliche Dynamik. Sie **schadet** vielmehr **der Wirtschaft**
- Sie ist irgendwie **unnatürlich**. Experimentelle Ökonomie: Egoisten werden bestraft. Oder: in Not und Kriegszeiten erhalten alle gleich viel (Lebensmittelkarten); Auch mit viel zusätzlichem Geld könnte man sich nicht doppelt so viel Lebensmittel - Bons kaufen).
- Wir leben weiter in Zeiten von **Knappheit**. Nicht Güter sind knapp - knapp sind die „positionellen Güter“ = Anspruch auf **Status und Achtung**

„**Chancengleichheit**“ kann die wachsende **Ungleichheit und deren Folgen nicht kompensieren**. Je ungleicher die Einkommen, desto geringer die Chancen von sozialem Aufstieg („je höher die Ziffern auf der vertikalen Achse, desto geringer die Chancen, dass eine folgende Generation ihren wirtschaftlichen Status gegenüber der vorhergehenden verändert“ *Quelle: Miles Corak; 2013*)



Die Ungleichheit konnte durch den Staat relativ wirksam bekämpft werden. In Österreich zeigt sich eine effektive Umverteilung. Dagegen gibt es Staaten, wo relativ wenig umverteilt wird. Großbritannien als eines der ungleichsten Länder in Europa mit einer hohen primären Ungleichheit zeigt aber auch eine hohe Ungleichheit der sekundären Einkommen. Der Staat verteilt nicht sehr wirksam um. Immerhin wird der Gini-Koeffizient aber doch von 0.45 auf 0.35 verbessert. Der Staat kann schon einiges machen.



Punkt = Primäreinkommen
Pfeilspitze = Einkommen nach Steuern und Transfers

In nicht unerheblichem Maß kann die zunehmende Ungleichheit der „Primäreinkommen“ durch staatliche „Umverteilung“ korrigiert werden. In Österreich weniger durch Steuern als hauptsächlich durch Transfers (zB. Gesundheit, Pensionen).

Gerade die Staaten, die effektiv eingegriffen haben, waren die wirtschaftlich erfolgreichsten und haben die beste Lebensqualität. Diese Staaten sind alle sozialdemokratisch geformt worden. Diese sind wirtschaftlich erfolgreich, haben aber auch die höchsten Staatsquoten. Der Staat nimmt einen relativ hohen Anteil an der Produktion und verwaltet ihn gemeinschaftlich. In den wohlhabenden, sozialdemokratischen Staaten wird ein großer Anteil gesellschaftlich verwaltet. Das schadet nicht der Wirtschaft und erhöht das Gefühl von Glückseligkeit.

Tab. 4 - Die Sozialdemokratie wirkt: wohlhabend, gerecht und glücklich

| | Rangordnung nach Höhe der Staatsquote FN 1 | Rangordnung nach der Höhe des Per-capita-BNP FN 2 | Rangordnung im „Happiness Index“ FN 3 | Rangordnung im „Gerechtigkeitsexzess“ FN 4 |
|-------------|--|---|---------------------------------------|--|
| Norwegen | 1 | 1 | 2 | |
| Dänemark | 2 | 8 | 1 | 3 |
| Finnland | 3 | 12 | 7 | 2 |
| Schweden | 4 | 7 | 3 | 1 |
| Österreich | 8 | 5 | 8 | 5 |
| Niederlande | 16 | 6 | 4 | 4 |
| Deutschland | 17 | 10 | 20 | 7 |

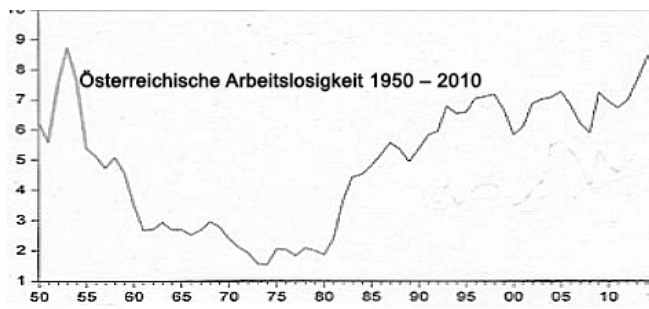
Erklärung: FN 1 = Rangordnung unter 34 OECD-Staaten; Quelle: OECD
FN 2 = BNP per Capita, Kaufkraftbereinigt, Rangordnung unter 30 Staaten; Quelle: OECD
FN 3 = Rangordnung unter 30 aus dem UN Happiness Index ausgewählten Staaten; Quelle: UN
FN 4 = Rangordnung unter 19 im „Gerechtigkeitsexzess“ der Bertelsmann-Stiftung gelisteten Staaten; Quelle: Bertelsmann-Stiftung

Traditionell ist die Wirtschaft auf das Prinzip der Knappheit aufgebaut. Die Leute wollen immer mehr von dem, was vorhanden ist. Die Wirtschaft verteilt über den Markt und über die Effizienz die Produktionsmöglichkeiten. Dieses Prinzip geht davon aus, dass die Güter und Produktionsmittel knapp sind. Nach Marx gibt es zwei Produktionsmittel: Kapital und Arbeit. Karl Marx geht zu Anfang des Industrialismus davon aus, dass Arbeit reichlich verfügbar ist. Es gibt Arbeiter in Hülle und Fülle, es gibt keine Geburtenkontrolle. Das Kapital ist knapp. In den 1960er und 1970er Jahre gibt es eine blühende Wirtschaft und die Arbeit wird relativ knapp. Jetzt kommen wir in ein Zeitalter, in dem die Arbeit nicht mehr knapp ist. Zu glauben, dass der Trend sich mit irgendwelchen Keynesianischen Maßnahmen brechen lässt, ist unrealistisch. Das geht durch unterschiedliche wirtschaftliche Phasen ständig nach oben. Es wird nicht



mehr soviel Arbeit benötigt.

Aber die Vergangenheit ist nicht die Zukunft. Die technische Revolution vernichtet Arbeitsplätze, jetzt auch solche mit mittlerer Qualifikation. Unerbittlich und fast unabhängig von politischem Gegensteuern steigt die Arbeitslosigkeit selbst in Österreich

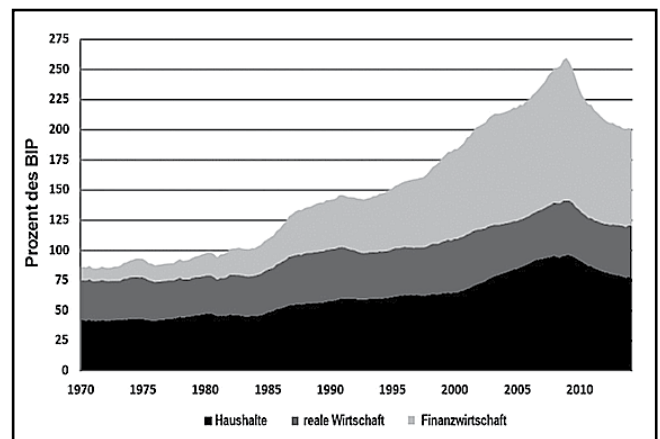


Das zweite ist, man hat auch viel zuviel Geld. Es gibt auf der Welt zuviel Geld. Die Amerikaner nennen das den „Savings Club“. Wir kommen in eine völlig neue Situation, wo die traditionellen Werkzeuge der Sozialdemokratie in der Wirtschaftspolitik nicht mehr anwendbar sind. Am Beispiel Amerikas sieht man, dass in den glorreichen 1970er Jahren gleich viel in Haushalt und Unternehmen und fast nichts in Finanzprodukte investiert wurde. Zur Zeit der beginnenden Wirtschaftskrise übersteigen die Investitionen in Finanzkapital um das Doppelte die Kredite an Haushalte und Unternehmen. Es gibt kein Problem des zu wenigen Kapitals, sondern das Kapital ist auf der Suche nach Gewinnmöglichkeiten und schafft immer mehr Blasen. Das sind die Aktien, Grundstücke,

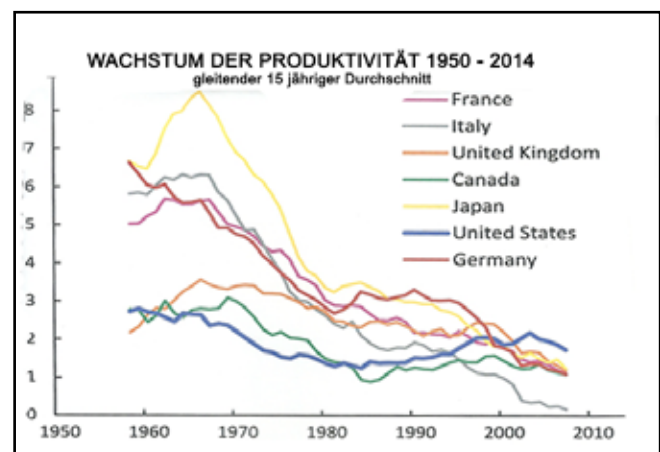
die Häuser, die Rohstoffe. Die ursprüngliche Aussage der Sozialisten - die unabwendbare Steigerung der Ungleichheit und die unabänderliche Krisenanfälligkeit der Wirtschaft - bewahrheitet sich. Andererseits halte ich die grundsätzliche Idee, dass man anderes als Markt oder privates Unternehmertum haben könnte, nicht nur für falsch, sondern gefährlich.

Das neue Wirtschaftssystem des „Finanzkapitalismus“ ist seiner Natur nach krisenanfällig. Bisherige „linke“ Steuerungskonzepte (Keynes) sind daher unzureichend.

- Karl Marx und in seiner Folge auch die Austromarxisten (Otto Bauer) waren von der unheilbaren und sich steigenden Krisenanfälligkeit des Wirtschaftssystems überzeugt. Die linke wirtschaftspolitische Praxis hat diesen Fatalismus durch lange Zeit „falsifiziert“. Gegenüber den durch die Übermacht des Finanzkapitals geschaffenen Problemen sind diese Politiken allerdings wirkungslos.
- In Finanzprodukte wurde zuletzt in den USA doppelt so viel investiert wie in die Summe von Investitionen und Konsum.



Arbeitslosigkeit ist auch durch die Verlangsamung von Wirtschaftswachstum bedingt. Diese ist nur zu einem geringen Teil durch politisches Fehlverhalten bedingt: Sie scheint vielmehr im Wesen moderner Wirtschaften angelegt. Das zeigt die nachstehende Tabelle



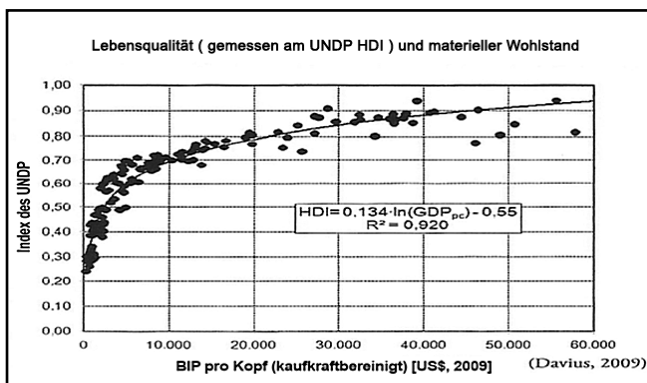
Die Sozialdemokratie ist in der Zeit von 1950 - 2005 überzeugt, dass rasches Wirtschaftswachstum möglich ist und dies nutzt automatisch der Sozialdemokratie.

ABER (so notwendig Wirtschaftswachstum auch weiterhin ist) das Wirtschaftswachstum ist:

- a) viel langsamer
- b) vernichtet Arbeitsplätze statt neue zu schaffen
- c) erhöht die Ungleichheit

Früher korrelierte dieses Wachstum weitgehend und automatisch mit einer Verbesserung der Allgemeinen Lebensqualität. Heute entscheidet über diese Qualität weitgehend die Politik.

Lebensqualität (gemessen am UNDP HDI) und materieller Wohlstand



Es gibt gesellschaftliche Entwicklungen, die unsere Gesellschaft erschüttern. Habt ihr nicht das Gefühl, dass wir in ganz außergewöhnlichen Umständen an einer Kippe leben? Wir haben Donald Trump, Erdogan, Putin, Ungarn, Polen, Hofer usw. Das ist völlig neu. Mit einer riesigen Arbeitslosigkeit, einer tiefen Verunsicherung der Gesellschaft leben wir in einer Zeitkippe. Was sind die tiefer gehenden gesellschaftlichen Entwicklungen, die es nicht erlauben, einfach so den Dritten Weg fortzusetzen? Die Wirtschaft wächst langsamer, der Staat wird handlungsunfähiger. Es gibt Probleme wie Konjunktur, Finanzwesen, Gesundheitswesen, Flüchtlinge, technologische Entwicklungen, mit denen der einzelne Staat nicht mehr fertig werden kann.

Für noch wichtiger als die fassbaren Dinge halte ich die unfassbaren Entwicklungen, an denen die Sozialdemokratie ein gerüttelt Maß an Schuld hat: nämlich die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft und Zurückdrängung des Gemeinschaftlichen. Im Wesentlichen hat die Sozialdemokratie nichts anderes versprochen als die Konservativen. „Ihr kriegt mehr“. Ihr kriegt mehr, wenn ihr uns wählt. Wir schaffen mehr durch den Staat und Umverteilung. Die anderen haben gesagt, wir schaffen mehr durch die Privatwirtschaft. Im Grunde genommen war das Versprechen von beiden, ihr könnt eigenständig und ohne Rücksicht auf die anderen eurem Eigennutz folgen. Die gesellschaftliche Entwicklung drängt den gemeinschaftlichen Raum zurück. Jeder lebt in seiner gesellschaftlichen Blase.

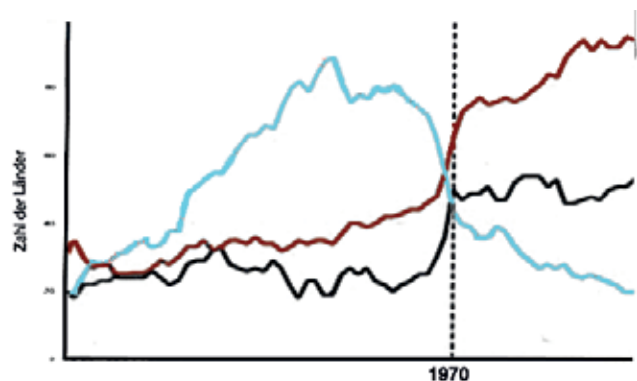
Wir waren vom ständigen Wirtschaftswachstum überzeugt. Die Sozialdemokratie hat die Werkzeuge Keynesianismus und Umverteilung benützt. Diese sind durchaus in der Lage, das System weniger krisenanfällig zu machen, menschengerechtere Systeme zu schaffen, Gemeinschaftlichkeit und Solidarität zu schaffen. Diese Methoden stoßen aber an Grenzen. Was kann die Sozialdemokratie machen? Ist eine Partei in der Lage, das zu machen? Wo kann man ansetzen? Welche Partei ist am ehesten in der Lage dazu? Wer kann Lösungen anbieten? Wer kann die Stimmung von Fatalismus, Pessimismus, Hoffnungslosigkeit und Ausgeliefertsein umdrehen?

Post - Democracy

Das wirtschaftliche und politische System zerstört die Werthaltungen und Ethik, die ihm Voraussetzung sind (*Daniel Bell: Cultural Contradictions of Capitalism*).

- Die zutiefst bedrohliche Krise westlicher Demokratien ist nur zum kleineren Teil Folge von wirtschaftlichen Problemen. Sie ist hauptsächlich Ausdruck davon, dass das politische und wirtschaftliche System den gesellschaftlichen Zusammenhalt gelockert, Bindungslosigkeit und Egoismus gefördert, Solidarität abgewertet, und Menschen in die Unsicherheit und Angst der Isoliertheit entlassen hat.
- Die Sozialdemokratie der Nachkriegszeit hat diese Entwicklungen im wesentlichen mitgetragen und befördert. Auch ihr Ziel war weitgehend die Steigerung von individuellem Wohlstand. Von den Konservativen unterschied sie lediglich das Bemühen, den wachsenden Wohlstand breiter zu verteilen.
- Abgewertet wurde die Demokratie auch durch die Globalisierung, die ihr die Werkzeuge zur politischen Gestaltung der Gesellschaft entwunden haben.

Statt dem fortschreitenden Sieg der Demokratie (Francis Fukuyama), sehen wir eine – innere – Erosion. Zwar ist bis vor kurzem die Zahl der formell demokratischen Staaten gewachsen (ab 1970 oberste rote Linie; darunter „Zwitter - Systeme“ = Anokratien; darunter - hellblau = reine Diktaturen)



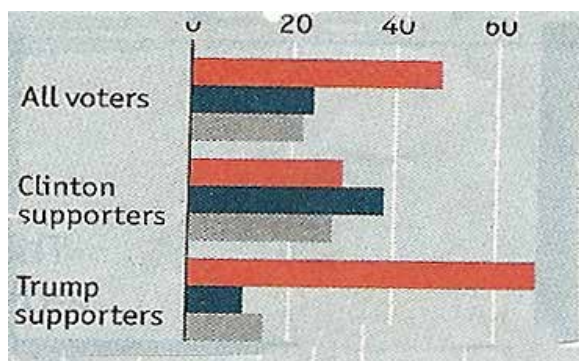
In den letzten 10 Jahren wurde in der Demokratisierung allerdings der Rückwärtsgang eingelegt. Die negativen

Entwicklungen (= weniger demokratisch = hellblau) überwiegen die positiven.

Die Sozialdemokratie: Alt - Neu

- Grundlage der sozialdemokratischen Programme war ursprünglich - am Ende des 19. Jahrhunderts - die Überzeugung von der inhärenten Krisenanfälligkeit und Ungerechtigkeit des wirtschaftlichen Systems.
- Im 20. Jahrhundert hat sich die Sozialdemokratie aber mit dem System arrangiert. Sie wollte nichts anderes sein als ein mit kleineren Eingriffen operierender „Arzt am Krankenbett des real existierenden politischen Systems“: Lange Zeit hat das gut funktioniert. Der hauptsächlich durch die Sozialdemokratie geschaffene europäische Sozialstaat ist weltweit das „menschengerechteste“ aller Systeme.
- Diese Remeduren stoßen jetzt an ihre Grenzen. Die von der Sozialdemokratie zuletzt wenig beachtete Verteilungsfrage schiebt sich in den Vordergrund. Die unvermeidliche Instabilität einer vom Finanzkapital gesteuerten Wirtschaft wurde offensichtlich. Die Automatik der Wirtschaft liefert nicht länger ein Mehr an Sicherheit, Gleichheit und Lebensqualität.

Nicht länger bestimmt „KLASSENZUGEHÖRIGKEIT“ (=„Stammwählerschaft“) das Wahlverhalten, sondern Grundstimmungen / Lebenseinstellungen. Der maßgebliche Unterschied ist jener zwischen angstvoll/ rückwärtsgewandt und zukunfts offen / gestaltungsfreudig. Nur mehr 21% der einfachen Arbeiter haben 2008 die SPÖ gewählt; 34% hingegen die FPÖ. Bei den US Wahlen 2016 haben beim Vergleich Clinton und Trump Wähler die Leute, die meinen „die Zukunft wird schlechter sein“ (=rot) Trump gewählt und die, welche sagen „es wird besser sein“ (=blau) mehrheitlich Clinton gewählt:



Der Abstieg der Sozialdemokratie – in Österreich und in Europa – ist offensichtlich. ABER: Welche andere als – wieder klar „LINKE“ - Parteien könnten die anstehenden großen Probleme lösen?

- a) Umverteilung von Einkommen und Vermögen.
- b) Aktive Internationalisierung und Europäisierung. Verlagerung von auch wichtigen Entscheidungen aus dem nationalen Bereich in den europäischen bzw.

globalen Bereich.

- c) Beschneidung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Macht von Finanzkapital. Beseitigung der dadurch verursachten Verwerfungen („shareholder values“) und Neuordnung des gesamten Bankwesens.
- d) Das Anwachsen von Aufgaben, welche nur gemeinschaftlich / politisch gelöst werden können, erfordert eine Ausweitung staatlicher Tätigkeit; und damit auch einen Anstieg des staatlichen Anteils am Nationalprodukt. Nur linke Parteien könnten sich zu einer solchen Forderung aufraffen.
- e) Stärkung der repräsentativen Demokratie und Abwehr plebiszitärer /autoritärer Tendenzen.

Glaubt ihr, dass die Konservativen und populistischen Parteien dort suchen, wo Lösungen möglich sind? Nicht im nationalen, sondern im internationalen, europäischen Rahmen sind sie möglich. Das können nur linke Parteien machen. Wer glaubt, dass man die schädlichen Wirkungen des Finanzkapitals zurückschneiden und seine Bedeutung reduzieren kann? Wer glaubt an einen starken Staat, der das Gemeinschaftliche stärkt? Welche Partei ist in der Lage zu fordern, wir wollen jetzt keine Steuersenkung, sondern wir wollen, dass mehr in Schulen, in Krankenanstalten investiert wird? Welche Partei würde sich für einen starken Staat einsetzen? Wer ist für eine Stärkung der repräsentativen Demokratie und gegen alle populistischen Versuche, autoritäre Tendenzen und Volksbefragungen?

Wir sind gefordert und den Problemen müssen wir uns stellen. Entweder gehen wir alle den Bach hinunter, wie es in diesem 20. Jahrhundert schon zweimal der Fall war oder wir gehen mit linksdemokratischen Parteien. Im Sinne von Richard Berczeller, meinem väterlichen Freund, bin ich mehr ein kämpferischer Revolutionär als ein Sozialdemokrat.

DISKUSSION UND FRAGEN:

Frage:

Das war ein flammender Appell an eine neue Sozialdemokratie. Es ergeben sich Fragen aus dem Ruf nach einem starken Staat. Wie stark und in welchen Bereichen soll der Staat stark sein?

Thomas Nowotny:

Der starke Staat soll nicht im Sinne eines Polizeistaates gemeint sein. Der Staat soll handlungsfähig sein. Ich habe 16 Jahre meines Lebens in Amerika verbracht. Die amerikanische Demokratie und das amerikanische politische System sind zunehmend unfähig, das Land sinnvoll zu verwalten. Es ist nicht mehr gestaltunfähig. Jede kleine Lobby - Gruppe, auch wenn sie nicht mehr die Mehrheit der

Bevölkerung repräsentiert, kann Entscheidungen blockieren. Aber auch in Europa kann jede Lehrgewerkschaft jede Bildungsreform blockieren. Wir brauchen keine plebiszitäre, sondern eine repräsentative Demokratie. Wir brauchen Leute, die gewillt sind, Entscheidungen zu fällen. Die mit dem neuen Feld der Kommunikation und Information umgehen können. Ich bin mir sicher, dass wir einen handlungsfähigen Staat brauchen und eine Reform der Bundesstaatlichkeit.

Bauer:

Der Staat sollte eher wie eine mittelgroße Familie geführt werden. Aber er sollte nicht so aufgebläht sein, wie er es jetzt ist. Sie sollten sich zusammensetzen und sagen, dass können wir uns leisten und das nicht.



Thomas Nowotny:

Was würden Sie denn streichen?

Eva Nowotny:

Bei uns ist immer die einfache Antwort, legen wir etwas zusammen und schaffen wir ein Ministerium ab. Das bringt überhaupt nichts. Sie schaffen Monsterministerien, die von einem Minister überhaupt nicht mehr kontrolliert werden können. Dann regieren nur mehr die Beamten. Wirtschaft, Forschung, Wissenschaft in einem Ressort. Das Infrastrukturministerium mit Verkehr, Luftverkehr, Investitionen, Forschungsabteilungen – das sind Moloche. Ich habe in Diskussionen immer das

schwedische Modell eingebracht. Die Schweden haben viel mehr Ministerien als wir. Aber sie haben sehr kleine Ministerien, die sehr gut von einem Minister geführt und gesteuert werden können. Und machen sehr viel konkrete Arbeit ausgelagert in Vorfeldinstitutionen. Ich halte das auch im Sinne einer sozialdemokratischen Politik für viel effizienter. Ich habe immer große Bedenken dagegen gehabt, so riesige Ministerien geschaffen zu haben – die Aufgaben gehen ja nicht weg – Wirtschaftspolitik, Forschungspolitik muss irgendwo verwaltet werden. Je mehr man zusammenlegt, je mehr man hier bündelt, umso undurchsichtiger wird es, umso schwerer wird es zu lenken und steuern. Und letztendlich geht auch die politische Kontrolle über die einzelnen Bereich verloren.

Frage:

Ich glaube, dass man praxiserprobte Dinge beim Regieren von der Schweiz abschauen könnte. Dort sind viele Dinge anders als bei uns und funktionieren jahrzehntelang. Die Schweiz ist in vielen Dingen ein Vorzeigeland und viele Dinge könnte man kopieren.

Thomas Nowotny:

In Österreich wird oft bejammert, dass es zuviele Bundesländer gibt. Bei uns gibt es 9 Bundesländer in der Schweiz gibt es 27 oder 29 Kantone. Der Unterschied zu uns ist, dass in der Schweiz die Kantone die Budgethoheit haben. Theoretisch haben diese sogenannte residuale Steuerhoheit auch die Bundesländer in Österreich. Landesfürsten wie Pröll dürfen nicht nur Geld ausgeben, sondern müssten sich auch die Mittel beschaffen. Da würde sich das ganze politische System in Österreich zum Besseren wenden. In der Schweiz gibt es aber auch ein ultrastabiles Regierungssystem. Die Regierung ist proportional zusammengesetzt. Der Proporz wird nicht geändert. In der Regierung sind alle großen Parteien vertreten. Das ist eine Form der Ultrastabilität. Dies wird auf der anderen Seite durch eine Form der plebiszitären Demokratie ergänzt, die in dieser Form in Österreich nicht durchsetzbar ist. Man kann sich einiges in der Schweiz anschauen. Zum geringen Staatsanteil der Steuern in der Schweiz ist zu sagen, dass die Leute selber auf die verschiedenen Formen der Daseinsfürsorge schauen müssen. Ich glaube, dass unter dem Strich der Staatsanteil in der Schweiz nicht geringer ist.

Frage:

Man muss ja nicht unbedingt der Wilhelm Tell sein. Man kann sich aber gewisse Dinge herauspicken, die dort funktionieren. Wieviele Generäle haben sie in der Schweiz? Ich glaube 2 bis 3. Ich war einmal bei einer österreichischen Hochzeit beim Bundesheer, da waren 30 Generäle. Das kostet Unmengen von Geld. Ich bin politisch nicht fixiert. Ich schau mir die Politik an. Ich muss sagen, dass der derzeitige Minister für das

Bundesheer, unser lieber Burgenländer, meine größte Sympathie hat. Inklusiv der Musikkapelle. Die gehört auch dazu.

Thomas Nowotny:

Da möchte ich etwas zum Burgenland sagen. Ich bin vorige Woche auf den Namen Tobias Portschy gestoßen, der Gauleiter für das Burgenland bis zur Eingliederung in den Gau Niederdonau war. Er ist bekannt durch eine Denkschrift zur Lösung des Zigeunerproblems, geschrieben im August 1938. Er wurde später FPÖ Funktionär im Burgenland. Es gibt einen eindeutigen Parteitagsbeschluss von meiner Partei, dass man mit dieser Partei keine Koalition machen soll. Ich halte es für supergefährlich, dass sich die burgenländische Partei von dem Parteitagsbeschluss abgewandt hat. Zu glauben, dass man die FPÖ rechts überholen kann - das führt genau von dieser Richtung weg ins Verderben. Ich halte das für absolut gefährlich. Ich bin aus moralischen, aber auch aus rein politisch praktischen Gründen entsetzt. Stellt euch vor, bei der nächsten Wahl hat die Koalition keine Mehrheit mehr. Welche Koalition wird es dann geben? Es wird eine FPÖ-ÖVP Koalition geben. Wir sind in der Opposition und müssen eine glaubwürdige Opposition sein.

Frage:

In einer Folie ist gestanden, der Kapitalismus entwickelt sich so, dass die Grundprämissen der frühen Sozialdemokratie wieder bestätigt werden – hohe Krisenanfälligkeit und soziale Ungleichheit. Dann verstehe ich nicht, dass man sich bei den Lösungsvorschlägen nicht wieder an dieser frühen Sozialdemokratie orientiert hat. Was mir total fehlt, ist die Eigentumsfrage. Sie haben dezidiert gesagt, dass das Privateigentum nicht angegriffen wird. Das zweite, was die frühe Sozialdemokratie ausgezeichnet hat, war die völlige Ablehnung jeglicher Illusion in den heutigen, bürgerlichen Staat, auch in seiner repräsentativen parlamentarischen Form.

Thomas Nowotny:

Bei der zweiten Frage halte ich es mit Churchill: Die Demokratie ist das Schlechteste mit Ausnahme alles anderen, das bis jetzt erfunden wurde. Das Wesen der Demokratie ist, dass die Eliten immer ausgetauscht werden können. Und wenn das nicht mehr geht, dann konzentriert sich die Macht. Neben der politischen konzentriert und verfestigt sich auch die wirtschaftliche Macht. Dann kommen wir zuerst in ein feudales und dann in ein tyrannisches System. Das ist ein eisernes Gesetz. Die repräsentative parlamentarische Demokratie Österreichs muss man an die heutigen Gegebenheiten anpassen. Sehr wichtig ist die Eigentumsfrage. In meinem Buch habe ich die Frage sehr ausführlich angeschnitten.

Es gibt keine leichte Antwort. Wenn das Kapital wichtiger und wichtiger wird und Arbeiter weniger und weniger, wie kann man dann zu gleichem Einkommen kommen? Das ist eine grundsätzliche Frage. Es hat sich schon in der Diskussion über Sozialversicherungsbeiträge und Maschinensteuer abgezeichnet. Defensiv würde ich einmal sagen, keine weiteren Privatisierungen mehr von monopolartigen Versorgungsbetrieben. Da bringt die Privatisierung überhaupt nichts, außer dass es kurzfristig etwas Geld in das Budget spielt. Langfristig bringt es aber dem Staat wie auch dem Konsumenten weitaus höhere Kosten. Wie schaut es bei der VOEST aus? Ein Teil der Aktien ist bei den Arbeitern. Das ist ein Modell, das man andenken kann. Ein anderes Modell wären Staatsvermögensfonds wie in Singapur oder Norwegen, wo der Staat als Kapitalbesitzer, aber nicht als Unternehmer fungiert. Die Frage ist sicher zentral, aber ich habe keine gute Antwort. Verstaatlichte Zentralkontrollen sind ein Unsinn. Das haben wir gehabt und es funktioniert nicht. Wir müssen uns als Sozialdemokraten an der eigenen Nase packen wie die Beispiele BAWAG, Konsum usw. zeigen. Wir müssen lernen und haben die Weisheit nicht mit dem Löffel gefressen. Und Raiffeisen steht aber besser da als die BAWAG. Ich habe keine sofortige Antwort. An dieser Frage müssen wir arbeiten.



70'er Haus
der Geschichten

Einladung

**Dr. Berczeller Symposium
Vertreibung, Exil und Sozialdemokratie**

**Samstag 29. Oktober 2016 14:00 - 18:00h
Hintergasse 70 Mattersburg**

Wir bitten zu kleinem Buffet und Getränken.
Anmeldung erbeten 06991 369 1774 (Luif), 0676 710 2666 (Benedek)
oder office@70haus.at

70'er Haus
Verein 70er Haus
Hinterg.70
7210 Mattersburg



70'er Haus

**Richard
Berczeller**
Sozialist, Arzt,
Schriftsteller



Im Juni des heurigen Jahres eröffnete das 70er Haus der Geschichten die Ausstellung zu Richard Berczeller – Arzt, Sozialist, Schriftsteller. Das Symposium am 29. Oktober soll das Thema erweitern und die Gelegenheit bieten, sich dem Sozialisten Richard Berczeller zu nähern und die wirtschaftlich-politischen Entwicklungen, in deren Einfluss er stand, besser zu verstehen.

Gleichzeitig will das Symposium die Auseinandersetzung mit Exil und Vertreibung vertiefen. Es soll ein Bogen von der sozialistischen Bewegung in der Zwischenkriegszeit bis ins Heute gespannt und damit auch die Ansätze und Haltungen zu Antisemitismus und Faschismus der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Bewegung im Laufe der Jahrzehnte aufgerollt werden.

Begrüßung

14:00h Univ. Prof. Dr. Peter Berczeller: (Mediziner und Schriftsteller)
„Avenue Trudaine, Montauban und New York: Erinnerungen an die Auslandsvertretung Österreichischer Sozialisten“

14:30h Riedl Joachim: (Schriftsteller, Publizist, Journalist, Dokumentarfilmer)
„Exil – Schicksal der Vertriebenen“

15:00h Univ. Prof. Dr. Alfred Pfabigan: (Sozialphilosoph und Literaturkritiker)
„Von der Revolution zum Anschluss. Was es hieß, von 1918 - 1938 Sozialdemokrat zu sein“

Pause

16:00h Univ. Doz. Dr. Fritz Weber: (Wirtschaftshistoriker und Operndramaturg)
„Wandlung der österreichischen Sozialisten im Exil (England, Schweden, USA) – Zwischen Keynes und Planwirtschaft“

16:30h Univ. Doz. Dr. Thomas Nowotny: (Diplomat und Außenpolitiker)
„Projekt Sozialdemokratie – Überholt? Geschellert? Zukunftswesend?“

17:00h Maga. Lisa Sinowatz: (Alltagskulturforscherin und Kulturvermittlerin)
„Migrantinnen in der Arbeitswelt und ihre politische Repräsentation in der Arbeiterbewegung“

17:30h Julia Herr: (Politische Aktivistin und Bloggerin)
„Von Otto Bauer zu Bernie Sanders“

Moderation: Anna Benedek, Elisabeth Luif